

# MEIN GLÜCK, DEIN PECH



**SCHWERPUNKT  
GERECHTIGKEIT**

# CETA verhindern – mit grüner Hilfe im Bundesrat!

Liebe Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen,

am 29. Februar 2016 hat die EU-Kommission die endgültige Fassung des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Kanada (CETA) veröffentlicht. CETA ist der erste EU-Handelsvertrag mit einem OECD-Mitgliedsland, der eine **Paralleljustiz für ausländische Investoren** einführen soll. Diese Paralleljustiz kann sich gegen unliebsame demokratische Entscheidungen wenden und birgt ein unkalkulierbares Kostenrisiko für die öffentlichen Haushalte.

**CETA garantiert das Recht auf eine – flexibel auslegbare – „faire und gerechte“ Behandlung allein einer privilegierten Gruppe ausländischer Investoren** – ohne korrespondierende Pflichten. Eine Sozialbindung des Eigentums, wie im Grundgesetz festgeschrieben, fehlt hingegen. Während Bürger/innen und einheimische Unternehmen auf ordentliche Gerichte verwiesen werden, bekommen kanadische Investoren Zugang zu einem exklusiven Sondertribunal. Auf die – ansonsten völkerrechtlich völlig normale – Anforderung einer Ausschöpfung des nationalen (bzw. europäischen) Rechtsweges wird in CETA verzichtet.

**Im Abkommen werden öffentliche Dienstleistungen und das Allgemeinwohl nur unzureichend vor Wirtschaftsinteressen geschützt.** CETA setzt auf ein Flickwerk aus Ausnahmen und Vorbehalten, die widersprüchlich, unklar oder nicht umfassend genug formuliert sind. Durch den Negativlisten-Ansatz wird der Schutz der Daseinsvorsorge zusätzlich komplizierter, weniger rechtssicher und weniger zukunftsorientiert. Einmal getätigte Liberalisierungen sind aufgrund einer Sperrklinkenklausel praktisch nicht mehr rückgängig zu machen. Der Kultur- und Bildungsbereich ist nicht zur Gänze aus dem Abkommen ausgenommen.

Bereits kurz nach Vorstellung des CETA-Textes haben viele Spitzenpolitiker/innen von Bündnis 90/Die Grünen im Europaparlament und auf Bundesebene ihre Kritik und Ablehnung von CETA bekräftigt.

**Wir begrüßen diese klare Positionierung.** Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in Europaparlament und Bundestag hängt es in beiden Parlamenten weniger von den Grünen und Linken, sondern mehr von den Sozialdemokraten ab, ob die Abkommen dort eine Mehrheit finden.

**Im Bundesrat hingegen haben Länder mit grüner Regierungsbeteiligung** zusammen mit den Ländern mit linker Regierungsbeteiligung eine eigene Sperrminorität und damit **die Gelegenheit, CETA wirklich zu Fall zu bringen.** In Koalitionsregierungen können die Grünen eine Enthaltung ihrer Regierung erzwingen. Eine Enthaltung wirkt wie ein Nein, weil es zur Ratifizierung von CETA und TTIP eine Mehrheit für diese Abkommen im Bundesrat geben muss.

**Diese Sperrminorität stellt ein Pfund dar, mit dem die Grünen bereits jetzt wuchern müssten.** Denn nur, wenn die EU-Kommission jetzt wahrnimmt, dass es Grünen und Linken so ernst ist, dass sie CETA im Bundesrat die Zustimmung verweigern werden, wird sie umfassende Nachverhandlungen mit Kanada eröffnen. **In Belgien hat das Bundesland Wallonie eine solche Blockade bereits angekündigt – das sollten sich die Grünen zum Vorbild nehmen.**

**Wir fordern deswegen eine unmissverständliche und verbindliche Stellungnahme aller grünen Landesverbände:** Länder mit grüner Regierungsbeteiligung werden CETA in der derzeit vorliegenden Fassung im Bundesrat nicht zustimmen, da das Abkommen Sonderklagerechte für ausländische Investoren vorsieht und negative Auswirkungen auf den politischen Gestaltungsspielraum von Kommunen und Ländern hat.

Für unsere 1,8 Millionen Unterstützer/innen ist der Stopp von CETA und TTIP das mit Abstand wichtigste Ziel in diesem Jahr. Wir nehmen den Auftrag unserer Unterstützer/innen sehr ernst und werden gemeinsam mit ihnen alles tun, dieses Ziel zu erreichen. Für diese Auseinandersetzung wünschen wir uns Bündnis 90/Die Grünen weiterhin als Partner.

Mit herzlichen Grüßen

*Dr. Felix Kolb*  
Dr. Felix Kolb  
Geschäftsführender  
Vorstand Campact e. V.

*Maritta Strasser*  
Maritta Strasser  
Campaignerin Campact e. V.

V.i.S.d.P.: Campact e.V., Dr. Felix Kolb, Antillenstr. 6, 22083 Veddau



Campact ist eine Bürgerbewegung, mit der 1,8 Millionen Menschen für progressive Politik streiten.

[www.campact.de/ceta/](http://www.campact.de/ceta/)

Bewegt Politik  
**campact!**

## MERKSATZ

„Bewusstes, rücksichtsvolles und autonomes Handeln hieße, sich selbst dann nicht vorzudrängen, wenn es alle täten.“

Carolyn Wiedemann, Seite 7

**Wie geht es Euch?** Sehr gut, könnte besser sein, schlechter als ... – über Befindlichkeiten und Gesundheit hinaus ist das auch eine Frage nach persönlichen Erwartungen: an uns selbst, an andere, an unser Leben. Und nach den Möglichkeiten und Mitteln, die wir haben, um sie zu erreichen. Gleichheit, Partizipation, Sicherheit – sie alle vereinen sich unter dem Dach gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Gerechtigkeit gehört zum Wesenskern grüner Politik. Ökologie und Gerechtigkeit denken wir untrennbar zusammen. Für mich ist es deshalb keine Frage, ob wir uns mit dem Thema Gerechtigkeit auseinandersetzen. Es ist das Wie, über das wir leidenschaftlich streiten wollen in den kommenden Monaten.

Unser Schwerpunkt Gerechtigkeit eröffnet die grüne Debatte zum Thema (ab Seite 4). Sie wird beim Gerechtigkeitskongress im Juni in Berlin weitergeführt, steht dann im Mittelpunkt einer Mitgliederbefragung und bildet den Schwerpunkt der Bundesdelegiertenkonferenz im November. Unsere Gesellschaft hat sich innerhalb weniger Monate gewandelt – von einer zufriedenen, unbesorgten Gesellschaft hin zu einer verunsicherten, in der bezweifelt wird, dass es bei uns gerecht zugeht und in der sich Abstiegsängste Bahn brechen.

Sich ungerecht behandelt und ausgeschlossen fühlen ist immer auch ein starker Motor für radikalisierte Tendenzen. Aber Gerechtigkeit ist kein Begriff der Ausgrenzung, sondern des Miteinanders, des fairen Umgangs auch mit den sozial Schwächsten.

Die AfD sieht in uns Grünen ihren politischen Gegenpol. Der sind wir auch, denn die AfD möchte eine fundamental andere Gesellschaft. Eine Abkehr von Deutschland als weltoffenes und tolerantes Land lassen wir nicht zu. Keine Rolle rückwärts!

Gesellschaftliche Freiheit und Solidarität sind Werte, für die wir kämpfen. Deshalb müssen wir die Auseinandersetzung mit der AfD führen – und mit Präzision deren Thesen zur völligen Rückentwicklung unserer Gesellschaft sezieren (ab Seite 24).

Mehr davon! Die große Zahl von Rückmeldungen auf die erste Ausgabe des neuen Mitgliedermagazins und die vielen sehr positiven Kommentare haben mich gefreut (Seite 31). Ich danke Euch für alle Anregungen und Kommentare – und bitte Euch natürlich um Feedback zur neuen Ausgabe.

P.S.: Call for Kuchenbilder. Habt Ihr die Rezepte (ab S. 6) nachgebacken? Dann schickt uns Eure Bilder, wir veröffentlichen sie.

Euer Michael

*Michael Kellner*



**MICHAEL KELLNER**  
Politischer Geschäftsführer



## GRÜNES LICHT



### Im Aufwind

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 13. März schrieb Ministerpräsident **Winfried Kretschmann** mit seinen Grünen zum zweiten Mal in Folge Geschichte. Nach einem historischen Ergebnis von 24,2 % in 2011 kletterten die Wahlsieger diesmal auf 30,3 % und wurden erstmals **stärkste Partei** in einem Bundesland. Der Erfolg bei den Landtagswahlen zeigt sich auch in einem Mitgliederaufschwung: Die Partei verzeichnete seitdem bundesweit rund **800 Eintritte** von Menschen, die grüne Politik leben und mitgestalten wollen.



### Am Rotieren

2015 lieferten die Windräder zwischen Alpen und Nordsee laut Strom-report.de so viel Strom wie noch nie: Insgesamt 85,4 Milliarden Kilowattstunden – **66 % mehr** als im Vorjahr. Der Wind leistet in Deutschland den **größten Beitrag** zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. **Neuer Rekord:** Weil ein Sturm tief über Deutschland fegte, wurde der Dezember mit 12,7 Milliarden Kilowattstunden der ertragreichste Monat bisher. Zum ersten Mal überholte die Stromgewinnung aus Windenergie die aus Braunkohle.

1  
**WOMIT WOLLEN  
WIR ANFANGEN?**

Gerechte Welt – weit gefehlt. Vieles muss sich ändern.  
Soweit, so enig. Aber was genau bedeutet für  
jeden von uns Gerechtigkeit? 40 Fragen, die Raum lassen  
für persönliche Reflektion und zum Diskutieren.  
Nach dem Motto: Erst denken, dann handeln!

2

Haben wir nicht beide etwas davon?

3

Was erwarte ich von anderen?

4

Und was von mir?

5

Gerecht oder selbstgerecht?

6

Schon mal über Enteignung  
nachgedacht?

7

Zuletzt eingemischt?

8

Habe ich das verdient?

9

Zuletzt geflogen?

10

Gehöre ich dazu?

11

Mit wem möchte ich  
gerne tauschen?

12

**WOVON  
HABE ICH  
GENUG?**

13

Der Staat wird's  
schon richten?

14

Kann der Milchpreis billig und recht sein?

15

Bin ich jetzt mal dran?

16

Bin ich froh,  
dass ich das nicht  
machen muss?

17

**IST DAS  
OK FÜR  
DICH?**

18

Arbeitsplätze vor Ressourcenschonung?

19

Was kostet es die Welt?

20

Woher nehmen?

21

Wem geben?

22

Mag ich's gern exklusiv?

23

Heute verzichten für die Nächsten?

24

Wer arbeitet  
für mich?

25

Wie vielerlei Maß?

26

Nervt die Quote?

27

Was kann ich dafür?

28

Muss ich besser sein als ein Mann?

29

Recht oder gerecht?

30

Schuften für die Alten?

31

Neidisch auf die da?

32

**ANGST  
VOR  
ARMUT?**

33

Angst vor den Armen?

34

Darf es etwas weniger sein?

35

Ist genug für alle da?

36

Sind die Anderen schuld?

37

Wozu verpflichtet Reichtum?

38

Wie unabhängig bin ich?

39

Ganz schön. Ungerecht?

40

Und?  
War das schon alles?

# NICHTS WENIGER ALS GERECHTIGKEIT



**Gerechtigkeit** mag in unserer komplexen Welt viele Gesichter haben, aber sie lässt sich nicht vervielfältigen. Sie ist das **Gegenteil von Willkür** und macht sich für die Schwachen stark. Haben und Teilen? Sind ihr nicht genug. Mitmachen und **Mitmachen lassen!**  
Eine Betrachtung der Gerechtigkeit: im Privaten, in Politik und Wirtschaft, im Globalen – im **Heute und Morgen.**

Text Carolin Wiedemann

Fotos Barbara Boniselli

## Individuum und Verantwortung

Als ich klein war, war ich sicher, mich niemals in meinem Leben in einer Warteschlange vorzudrängen. Zu oft hatte meine Mutter gesagt: Was bedeutet das für die anderen Menschen, die anstehen? Und wenn alle drängeln würden, was wäre dann? Neulich wollte ich am Hauptbahnhof in Berlin noch einen Kaffee kaufen, doch die Schlange war lang und ich spät dran. Als eine Frau weit vorn nicht schnell genug aufrückte, schob ich mich unbemerkt dazwischen. Dabei sah ich, wie auch andere hinter mir nervös auf ihre Uhren blickten. Als mein Zug losfuhr, saß ich am Fenster, hielt einen heißen Kaffee in der Hand und hoffte, niemanden aus der Schlange am Bahnsteig zu entdecken. Macht einen ein schlechtes Gewissen gerechter? Ich habe ein schlechtes Gewissen, weil ich gegen eines meiner Prinzipien verstoßen habe, gegen mein Vorhaben, mein Handeln so auszurichten, dass damit möglichst wenig Schaden für andere entsteht, dass ihr Handlungsspielraum durch mich nicht verkleinert wird. So hatte ich es mir vorgenommen, damals, als ich Postkarten von Rosa Luxemburg und Che Guevara in meinem Jugendzimmer aufhängte, ein bisschen Kant las und mich persönlich verantwortlich fühlte, die Welt

Patentrezept Gerechtigkeit? Gibt es nicht. Aber wir verraten Euch natürlich die Zutaten und Zubereitung unserer Kuchen – damit Ihr zuhause Euer eigenes Verteilungsmodell probieren könnt. Schließlich fängt gerechtes Handeln im Privaten an.

gerechter zu machen: Durch bewusstes, rücksichtsvolles und autonomes Handeln. Das hieße, sich selbst dann nicht vorzudrängen, wenn es alle täten. Das hieße auch: keine Kleidung zu tragen, die nicht fair produziert ist, keine Lebensmittel zu kaufen, deren Anbau den Boden zerstört, keine Tiere aus Massentierhaltung zu essen. Als mein Zug in Hamburg ankommt, ziehe ich den neuen Pullover über, auf dessen Etikett „made in China“ steht. Und ich frage mich: Macht ein Pullover mehr oder weniger, der nicht fair produziert ist, den Unterschied? Bringt der Einkauf im Bioladen überhaupt der Erde etwas oder nur meinem Wohlempfinden? Sind die Waschnüsse, mit denen man weniger schädliches Abwasser produziert als mit normalem Waschmittel, nicht dort wo sie wachsen, nämlich in Indien, wegen der plötzlichen Nachfrage aus dem Westen so teuer geworden, dass die InderInnen sie sich nicht mehr leisten können? Wenn ich mich nicht zurückziehe wie ein Eremit und Selbstversorgerin werde, kann ich also ohnehin nicht gerecht sein – also kann ich es auch gleich lassen? Aber mache ich es mir damit nicht wieder zu leicht? Widersprüche befreien mich doch nicht von der Verantwortung. Der neue Pulli ist weich. Ich muss an den Film über die Ausbeutung der Näherinnen in Asien denken, „The True Cost“, in dem eine der Protagonistinnen ihre Tochter nie sehen kann, weil sie rund um die Uhr arbeitet. Und dann an den Film „Darwins Nightmare“, der dokumentiert, wie die Überzüchtung des Fisches, den ich am liebsten esse, des Victoriabarschs, die ganze Region um den Victoriasee in Ostafrika wirtschaftlich und ökologisch zerstört, der zeigt,

wie Flugzeuge voll mit dem Barsch nach Europa fliegen, wo die Fische und eine Menge Geld dann gegen eine Ladung Waffen getauscht werden, ehe die Maschinen zurück nach Afrika gehen. „Wir sind hier, weil Ihr unsere Länder zerstört“, hieß es auf den Transparenten der Geflüchteten, die am Oranienplatz in Berlin zweieinhalb Jahre gegen die Bedingungen für Asylsuchende in Deutschland protestierten. Was ist mein Spielraum, gerecht zu sein? Als ich in die dritte Klasse kam, setzte die Lehrerin eine neue Schülerin neben mich, Natalia. Wir mochten uns auf Anhieb, sie lud mich nach ein paar Wochen zu sich nach Hause ein. Natalias Zuhause war das „Aus-siedlerheim“. Sie wohnte zu fünft mit ihren zwei Geschwistern und den Eltern in einem Zimmer. Raum an Raum mit anderen Familien, die genauso eingepfercht waren. Eine Dusche für alle auf dem Flur. In der Nacht lag ich wach in meinem großen Kinderzimmer in unserem Haus mit Garten. Ich könnte Natalia noch so viele meiner Spielsachen schenken, das würde nichts an der Enge des Raums ändern, ich könnte ihr meine schönen T-Shirts geben, das würde nichts daran ändern, dass die anderen Kinder sie anstarrten und „Russki“ nannten, ich könnte ihr bei den Hausaufgaben helfen – Deutsch hatte sie in ein paar Wochen gelernt –, doch auch das würde nichts daran ändern, dass die Lehrerin meiner Mutter gesagt hatte, dass Natalia ohnehin nicht auf das Gymnasium käme. Dann kam ich auf das Gymnasium und habe Natalia nie mehr gesehen. Am Hauptbahnhof in Hamburg höre ich die laute klassische Musik, mit der obdachlose Drogenabhängige vertrieben werden sollen,



GRÜNES WOHNEN

Bezahlbare Wohnungen werden in Deutschland immer weniger – aber immer mehr gebraucht. Gerade einmal 1,5 Millionen Sozialwohnungen gibt es heute – völlig ungenügend. Viele MieterInnen sind auf staatliche Unterstützung angewiesen, die Ausgaben für Wohngeld steigen kontinuierlich. Dieses Geld wollen wir Grüne lieber dauerhaft in preiswerte Wohnungen investieren – mit der Initiative Neue Wohnungsgemeinnützigkeit. Einem Sofortprogramm, das private Vermieter ermutigt, gemeinnützig zu vermieten. Und langfristigen Fördermaßnahmen für nachhaltige Projekte ganz unterschiedlicher Initiatoren, die günstigen Wohnraum schaffen.

die in den Augen der Marketingabteilung der Hansestadt stören. Wie verhalte ich mich heute als Erwachsene gegenüber gesellschaftlichem Ausschluss und Diskriminierung? Wie gehe ich damit um, dass es in unserer Gesellschaft etwa nicht für alle selbstverständlich ist, als Individuum statt als RepräsentantIn einer ethnischen oder anderen Gruppe wahrgenommen zu werden, Zugang zu bestimmten sozialen Räumen zu haben, einen Vorschuss auf das Vertrauen in die eigene Kompetenz zu erfahren? Abgesehen davon, dass ich eine Frau bin, kam ich mit den besten Karten ausgestattet auf die Welt. Die Einsicht in die eigene Privilegierung, so heißt es in feministischen und anti-rassistischen Diskussionen, kann den zwischenmenschlichen Umgang gerechter machen: Die Privilegierten nehmen sich zurück und richten sich nach den Bedürfnissen derer, die unterprivilegiert sind – das heißt: Diejenigen, die es gewohnt sind zu sprechen und Gehör zu finden, hören vor allem erst einmal zu, geben Marginalisierten den Raum, auf Basis ihrer Erfahrungen Situationen zu interpretieren, Definitionen zu geben. Wenn ich etwa versuche, Raum für die Artikulation von Geflüchteten zu schaffen, indem ich den Protest der Asylsuchenden unterstütze, die ihre Agenda selbst definieren, ist das ein notwendiger Anfang. Aber ändern sich gesellschaftliche Verhältnisse aufgrund derer bestimmte Gruppen

von Menschen einen privilegierten Zugang zu Ressourcen haben, wenn der Blick sich allein auf individuelles Verhalten richtet? Jeder Einzelne, der die Konsequenzen seines Handelns für andere genau wie seine eigene gesellschaftliche Positionierung im Umgang mit anderen berücksichtigt, mag bestimmte Situationen für alle ein bisschen angenehmer machen. Doch mein schlechtes Gewissen und die Erleichterung beim nächsten Mal, wenn ich wieder fairtrade einkaufe und den Müll richtig entsorge, schaffen weder die Ausbeutung der Näherinnen noch die Zerstörung der Lebensräume vieler Menschen ab. Wenn es aber Teil kollektiven Handelns wird, dann kann es einen Unterschied machen, was sich etwa bereits in der zunehmenden Nachfrage nach fair produzierten und gehandelten Gütern andeutet. Kollektiv lassen sich auch andere Strukturen erschaffen. Mir kommt ein Text der Literaturwissenschaftlerin Anja Hertz in den Sinn, die neulich zum Privilegien-Modell schrieb: „So ist die Bereitschaft zur Auseinandersetzung und Empathie mit Bedürfnislagen, die über den eigenen begrenzten Erfahrungshorizont hinausreichen, keine bloße moralische Forderung, sondern vielmehr strategische Bedingung einer noch herzustellenden Kollektivität, die ein solches Handeln erst möglich macht.“

*Von welchen Gruppen kann dieses kollektive Handeln ausgehen? Welche Rolle spielt die Zivilgesellschaft im Einsatz für mehr Gerechtigkeit? Welche der Staat? Welche die Parteien?*

Staat und Gesellschaft

Philipp, der Lehramtsstudent aus der Akademikerfamilie, und Anton, der Hauptschüler aus der Arbeiterfamilie, lernen sich heute in Deutschland normalerweise nicht kennen. In keinem anderen OECD-Staat werden gesellschaftliche Privilegien so sehr reproduziert wie hierzulande. Was der Soziologe Pierre Bourdieu Ende der 70er-Jahre im Hinblick auf die Vererbung verschiedener Formen von Kapital in Frankreich schrieb, lässt sich in Deutschland heute angemessen illustrieren: Ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital lassen sich jeweils eintauschen

SCHOKOKUCHEN

Zutaten (Springform 26 cm)

- 2 EL Semmelbrösel
- 100 g Zartbitterkuvertüre
- 50 g Vollmichkuvertüre
- 3 EL Sahne
- 5 Eier
- 1 Prise Salz
- 100 g Zucker
- 150 g weiche Butter
- 1 TL Zimt
- 1 Prise gemahlener Kardamom
- 80 g Honig
- 150 g gemahlene Mandeln
- Puderzucker zum Bestäuben

Zubereitung

- Backofen auf 180°C Umluft vorheizen.
- Form buttern und mit Semmelbrösel bestäuben.
- Kuvertüre zusammen mit Sahne im Wasserbad schmelzen.
- Eier trennen, Eiweiß mit etwas Salz steif schlagen und den Zucker einrieseln lassen.
- Butter schaumig schlagen, Eigelbe, Gewürze und Honig dazugeben und unterrühren.
- Mandeln und Kuvertüre dazugeben, zum Schluss den Eischnee unterheben.
- Teig in die Form geben und auf unterster Schiene 40 Minuten backen
- Abkühlen lassen und mit Puderzucker bestäuben.

und bedingen sich gegenseitig. Wer von dem einen nichts hat, hat meist von den anderen auch nichts. Wer kein Vermögen, weder Ansehen noch gute Beziehungen und keine Bildung hat, ist ausgeschlossen und wird es bleiben. Passend zu Bourdieus Ideen sprechen aktuelle Gesellschaftstheoretiker wie etwa Rainer Forst, Professor für Politische Theorie und Philosophie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, von einer „Refeudalisierung“ in Deutschland, weil Reichtum ebenso wie Armut innerhalb abgegrenzter sozialer Gruppen „vererbt“ wird – und zwar vor allem durch die soziale Determination von Bildungs- und Aufstiegschancen. Individuelle Förderung von jenen ohnehin benachteiligten Gruppen ist im Bildungssystem nicht

**Mein schlechtes Gewissen und die Erleichterung, wenn ich fairtrade einkaufe und den Müll richtig entsorge, schaffen weder die Ausbeutung der Näherinnen noch die Zerstörung der Lebensräume vieler Menschen ab.**



Gerecht ist, wenn jeder ein gleich großes Stück vom Kuchen bekommt? Materiell betrachtet ja. Gerecht ist auch, unterschiedliche Ansprüche zu bedienen: Etwas mehr für das Geburtstagskind und alle, die mitgebacken und den Tisch gedeckt haben. Gekürzt wird bei denen mit weniger Hunger.





## Im Hinblick auf die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern liegt Handlungsbedarf nahe: Frauen erbringen in Deutschland fast allein Haus-, Pflege- und Familienarbeit.

### ROHRNUDELN

#### Zutaten

500 g Mehl  
30 frische Hefe  
1 TL Zucker  
200 ml Milch  
100 g weiche Butter  
50 g Zucker  
1 Vanillestange  
2 Eier  
200 g Pflaumenmus  
50 g flüssige Butter  
Zimt und Zucker zum Bestäuben

#### Zubereitung

- Mehl in eine Schüssel geben und eine Mulde in die Mitte drücken.
- Hefe hineinkrümeln, Zucker und 3 EL der warmen Milch dazugeben und verrühren.
- Zugedeckt ca. 10 Minuten gehen lassen.
- Milch, Butter, Zucker und Eier in die Schüssel geben und alles mit dem Knethaken zu einem feuchten Hefeteig verkneten und in 12 gleich große Portionen teilen.
- Teig etwas auseinanderziehen, mit Pflaumenmus füllen, Ränder zusammenschlagen und kleine Kugeln formen.
- Teigkugeln in der flüssigen Butter wälzen, in die Reine oder Auflaufform setzen und 60 Minuten gehen lassen.
- Backofen auf 180°C Umluft vorheizen.
- Nach 15 Minuten mit Butter bestreichen und mit Zimt und Zucker bestreuen.
- Auf mittlerer Schiene insgesamt ca. 30 Minuten backen.

vorgesehen und so wird der Übergang auf eine weiterführende Schule oder ins Berufsleben oft zur Utopie.

Anton wird das nicht passieren. Er konnte aus dem Teufelskreis ausbrechen. Die Initiative „Rock your life“ hat ihm dabei geholfen – denn sie vermittelte ihm Philipp. Seit acht Jahren qualifiziert die Initiative Studierende als Mentoren, die dann ehrenamtlich Schüler aus sozial, wirtschaftlich oder familiär benachteiligten Verhältnissen auf dem Weg in den Beruf oder auf die weiterführende Schule begleiten. Über 4.000 Paare haben sich so schon jeweils für zwei Jahre Mentoring zusammengefunden.

„Mit Engagement und Leidenschaft wollen wir gemeinsam an einer gerechteren Gesellschaft arbeiten“, heißt es auf der Website des Projekts. Die Initiatoren formulieren eine Vorstellung von „Teilhabegerechtigkeit“, wie sie auch Gerechtigkeitsforscher wie Forst als zentral für unsere Demokratie vorschlagen: Allen Mitgliedern der politischen Gemeinschaft muss echte Teilnahme und Teilhabe an den Institutionen der Gesellschaft ermöglicht werden, alle müssen den gleichen Zugang zu materiellen Gütern genauso wie zum Beispiel zu Bildung oder Gesundheit haben. Und gegenwärtige Benachteiligungen und Ausschlüsse einzelner Gruppen werden durch besondere Sorge und Ermächtigung ausgeglichen.

Doch welche Formen kann diese Ermächtigung haben? Sind zum Beispiel Quoten das richtige Instrument? Im Hinblick auf die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern liegt Handlungsbedarf nahe: Frauen erbringen in Deutschland weiterhin fast allein Haus-, Pflege- und Familienarbeit, die weder finanziell noch anderweitig anerkannt wird, in Unternehmen bekommen sie immer noch deutlich weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen, wodurch sie weniger Anspruch auf Sozialleistungen haben. Eine Ungerechtigkeit, die auch darauf basiert, dass Rollenklischees fest in den Köpfen verankert sind. Die Verantwortung dafür liegt unter anderem dort, wo Diskurse und Bilder geschaffen und verstärkt werden: bei Medienschaffenden – dort, wo das Geschlechterverhältnis selbst noch von vorgestern ist.

Das zu ändern hat sich der Verein „ProQuote“ zum Ziel gesetzt, der eine Frauenquote von 30 Prozent für Führungspositionen in den Zeitungs- und Rundfunkredaktionen fordert – und mit seiner Gründung überhaupt erstmals auf den Skandal hinwies: Dass nur drei Prozent aller ChefredakteurInnen der rund 360 deutschen Tages- und Wochenzeitungen im Jahr 2012 Frauen waren, obwohl Frauen in gleicher Zahl wie Männer die Branchenausbildung absolvieren. Der Chef der „Zeit“, Giovanni di Lorenzo, kam der Forderung als erster nach. Nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit, wie er sagte, sondern weil nur eine divers aufgestellte Zeitung auch eine gute Zeitung sein könne. Diejenigen, die Ungerechtigkeit im Geschlechterverhältnis selbst erfahren, nehmen sie schneller wahr und thematisieren sie folglich eher. So können sie auch leichter gegen Rollenklischees in der Berichterstattung vorgehen, oder dagegen, dass noch immer weniger Frauen als Männer allein durch mehr Berichterstattung zu wichtigen Personen gemacht werden.

Müsste diese Quotenverpflichtung nicht aus den gleichen Gründen für Menschen mit Migrationshintergrund gelten – solange sie in Redaktionen unterrepräsentiert sind und



### GUTES LERNEN

Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung? Ohne Zugang zu Bildung, haben Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien kaum eine Chance, aus diesem Kreislauf auszubrechen. Schulen wie das Elly-Heuss-Gymnasium in Duisburg-Marxloh, das zu 80 Prozent von Kindern mit Migrationshintergrund besucht wird, setzen erfolgreich auf gelebte Multi-Kultur. Sie stärken die SchülerInnen durch sprachliche und kulturelle Förderung – damit jeder einzelne seine Fähigkeiten und Talente entwickeln kann. Vielfältige Aktivitäten wie Film oder Tanz fördern das Miteinander. „Das überträgt sich auch auf andere Bereiche und man ist lernfähiger“, so Nordrhein-Westfalens Grüne Bildungsministerin Sylvia Löhrmann über den inspirierenden Lernansatz.

Rohrnuedeln bieten uns ein naturgegebenes Verteilungsmuster an. Wollen wir es wirklich akzeptieren? Im Ernst! Das Bewusstmachen und Hinterfragen der Verteilungsinstanz ist der Schlüssel zu mehr Gerechtigkeit im Leben.



GRÜNE RENTE

Wie sieht eine verlässliche Alterssicherung aus, die die Lebensleistung jedes Einzelnen berücksichtigt und Schutz vor Altersarmut bietet? Und wie lässt sie sich gerecht finanzieren? Dazu bedarf es einer Stabilisierung des Rentenniveaus und einer nachhaltigen Finanzierung der Rentenversicherung. Eine Rentenkommission unter Leitung von Markus Kurth (Sprecher für Rentenpolitik der Grünen im Bundestag) erarbeitet dazu konkrete Vorschläge – sie sind in Kürze auch auf [gruene.de](http://gruene.de) zu lesen. Stichwort Geschlechtergerechtigkeit: die Rentenlücke zwischen Frauen und Männern soll kleiner werden, Frauen brauchen eine eigenständige Alterssicherung. Wir Grünen setzen uns außerdem für eine Bürgerversicherung für alle ein. Im ersten Schritt wollen wir die Selbständigen einbeziehen, die nicht ausreichend abgesichert sind. Und wir wollen, dass jede Person selbst entscheiden kann, wann und wie sie in den Ruhestand wechselt.

damit ebenfalls in der Berichterstattung zu wenig oder zu einseitig vorkommen? Und für andere marginalisierte Gruppen? Oder können bereits Diskussionen über den Sinn von Quoten, wie sie ProQuote angestoßen hat, die notwendige Aufmerksamkeit auf die Ungerechtigkeit lenken und den Willen zu Veränderung schaffen? Dann wären Verpflichtungen vielleicht bald nicht mehr nötig. Aber wer hat überhaupt das Recht darauf, repräsentiert zu sein und Zugang zu gesellschaftlichen Institutionen zu haben? Das Ziel der Teilhabegerechtigkeit ist die Inklusion von Menschen in eine Gesellschaft oder vielmehr noch: in eine politische Gemeinschaft. Auch Neuankömmlinge sollen sofort Teil sein dürfen, finden die beiden SchriftstellerInnen Sven Lager und Elke Naters. Sie eröffneten am 1. Juli 2015 in Kooperation mit der Stadtmission das „Sharehouse Refugio“ in Berlin Neukölln, mit dem sie vor allem Flüchtlingen Zuflucht, Gemeinschaft und Erneuerung bieten wollen. Auf den fünf Etagen eines ehemaligen Seniorenheims leben und arbeiten nun 37 Menschen, darunter Geflüchtete aus verschiedenen Ländern, StudentInnen und KünstlerInnen. Das Schriftstellerpaar hat die Idee aus Südafrika mitgebracht, wo die beiden neun Jahre lebten und ein erstes Sharehouse eröffneten. „Jeder kann was, jeder hat Talent, gemeinsam sind wir reich“, das ist der Leitspruch dieses Konzeptes. Im Refugio in Berlin leben alle BewohnerInnen für maximal 12

bis 18 Monate wie in einer großen WG: Im Keller errichten sie gemeinsam Werkstätten, geben sich gegenseitig Sprachkurse, im Saal organisieren sie Veranstaltungen, auf der Dachterrasse haben sie einen Garten gepflanzt und im Erdgeschoss eröffneten sie ein Café, in dem einige BewohnerInnen selbst in Küche und Service arbeiten oder über Flüchtlingsfragen informieren. Jede Person bringt anderen das nahe, was sie am besten kann. Niemand wird verpflichtet, das eigene Engagement basiert auf der Freude an der Solidargemeinschaft – einer Gemeinschaft, die nicht nach einem Ausweis fragt. Die Zivilgesellschaft packt an in Deutschland – das hat sich gerade letzten Sommer gezeigt, als tausende Ehrenamtliche einsprangen, um Asylsuchende zu versorgen. Aber ist es denn gerecht, dass Privatleute, die sich schließlich selbst auch ernähren müssen, schultern, was die Institutionen eines Sozialstaates leisten müssten? Studien des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung haben gezeigt, dass sich in Deutschland überproportional Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund ehrenamtlich engagieren. Es ist kaum überraschend, dass das diejenigen sind, die ohnehin selbst schon gesellschaftlich benachteiligt werden, also vielleicht eine andere Sensibilität gegenüber Diskriminierung und Ausschluss haben. Doch muss hier nicht der Staat als Rechts- und Sozialstaat einspringen,

Illustration: Lorena Salagre from the Noun Project

um Kreisläufe zu durchbrechen? Muss er nicht bestimmte Formen der Ermächtigung und Verbote der Diskriminierung gesetzlich verankern? Gerade wenn Ausschlussmechanismen zunehmen und sich verstärken? Sie treten schließlich selten allein auf: Geschlechterdiskriminierung, kulturelle Ausgrenzung, mangelnde Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitslosigkeit verstärken sich wechselseitig. 625.000 Alleinerziehende – fast immer Frauen – sind auf staatliche Grundsicherungsleistungen angewiesen und tragen deshalb besondere Armutsrisiken, wie es auf der Internetseite des Bundesfamilienministeriums heißt. Wenn die Beziehung kaputt geht, nachdem das Kind kam, und dann für die alleinerziehende Mutter aus Teilzeitjobs oder befristeten Beschäftigungsverhältnissen heraus der Abstieg in die Arbeitslosigkeit, und damit in die Armut und die mit ihr verbundene Isolation erfolgt, gibt es daraus wenig Befreiungsmöglichkeit. Wenn diese Frau dann noch einen Namen hat, den potenzielle Arbeitgeber als „nicht deutsch“ und dessen Trägerin deshalb als riskant einordnen, ist die Kumulation der Ausschlussmechanismen bestens illustriert. Um es wieder mit dem Modell der drei Kapitalformen nach Bourdieu zu beschreiben: So schwer es ist, ohne eine der drei Formen, ohne ökonomisches, kulturelles oder soziales Kapital, auch nur irgendwie Teil dieser Gesellschaft zu werden, so leicht ist es, alle zu verlieren, wenn man eine verliert. Gabriele Winker, Professorin für Arbeitssoziologie an der TU Hamburg-Harburg, beschreibt, wie die Privatisierung von Staatsfunktionen diese Ausschlussmechanismen verstärkt und immer größere Teile der Bevölkerung in prekäre Lebenslagen versetzt: Dieser Abbau der Solidargemeinschaft äußere sich etwa in der Aushöhlung der staatlichen Rente, die Millionen Menschen mit Altersarmut konfrontiere, in der Privatisierung von Krankenhäusern, die ihre Liegezeiten reduzieren oder sich auf gut Verdienende konzentrieren und genauso darin, wie zögerlich der Ausbau staatlicher Kitas verläuft, in denen dann Leiharbeiterinnen sowie schnell ausgebildete Betreue-

rinnen zu Niedriglöhnen eingesetzt werden. Winker schlägt eine Care Revolution für eine solidarische Gesellschaft vor, die insbesondere die Sorge umeinander ins Zentrum stellt. Sie fordert quasi ein Sharehaus auf gesamtgesellschaftlicher Ebene – wofür es neue Strukturen ebenso wie einen Perspektivwechsel brauche: So sollen unter anderem Dienstleistungen in der Kinderbetreuung und (Weiter-)Bildung, Gesundheitsversorgung und Altenpflege, die aktuell oft zu Hause individuell oder über die Ausbeutung von Migrantinnen gewährleistet werden, in einem starken staatlichen Netz organisiert werden. Nur ein solches Netz kann die Kreisläufe der Exklusion durchbrechen. Erst wenn alle neu geborenen Kinder – unabhängig davon, wieviel kulturelles, ökonomisches und soziales Kapital ihre Familie hat – die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten bekommen, ist Teilhabegerechtigkeit realisiert. Dafür braucht es staatlich getragene, bestens ausgestattete Betreuungseinrichtungen von früh an und Schulen, in denen diejenigen besonders gefördert werden, deren Eltern nicht ohnehin schon zu Hause Vokabeln abfragen. Ist das nicht auch die Voraussetzung für Demokratie? Wenn alle die gleiche Stimme haben sollen, müssen alle die gleichen Möglichkeiten haben, ihre Stimme frei zu entwickeln. Dann ließe sich außerdem, wie es Winker vorschwebt, über kollektive Selbstreflexionsprozesse eine Welt erschaffen, in der sich Menschen nicht mehr als KonkurrentInnen gegenüberstehen, sondern ihr Leben gemeinschaftlich gestalten. *Aber: Brauchen wir dafür nicht auch eine andere Wirtschaftspolitik?*

Politik und Wirtschaft

Es scheint paradox: Die Deutschen werden seit einigen Jahren reicher und ärmer zugleich. Das Nettovermögen der Privathaushalte steigt an, doch 70 Prozent der Menschen haben davon immer weniger. Das reichste Drittel der Bevölkerung hatte schon 2007 über 90 Prozent des Gesamtvermögens akkumuliert. Immer mehr Menschen leben unterhalb der Armutschwelle, ob mit oder ohne Arbeit. Gesellschaftliche Aus-

**Geschlechterdiskriminierung, kulturelle Ausgrenzung, mangelnde Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitslosigkeit verstärken sich wechselseitig.**

Tiere, Fleisch & ich

Essen kann gut schmecken oder auch nicht. Essen kann gesund sein oder auch nicht. Es gibt also gute Gründe, nach der Zusammensetzung und der Herkunft von Lebensmitteln zu fragen. Das gilt ganz besonders für Fleisch. Immer mehr Menschen – auch Kinder und Jugendliche – wollen wissen, wie die Tiere auf ihrem Speiseplan gelebt haben, wie sie geschlachtet und gefüttert wurden. Aber das ist gar nicht so einfach herauszufinden, denn auf der Verpackung im Supermarkt steht so etwas nicht. Dieses Buch will Abhilfe schaffen und die wichtigsten Informationen zum Thema «Fleisch» für alle verständlich und anschaulich präsentieren. Es zeigt, dass

persönliche Entscheidungen oft eine große Tragweite haben – und dass ein Stück Fleisch auf dem Teller manchmal eine große Bedeutung hat für ganz andere Teile der Welt.

Iss was?! – Tiere, Fleisch & ich

Ein Buch für Kinder und Jugendliche

Illustriert von Gesine Grotrian

1. Auflage, Berlin 2016, 140 Seiten

Kostenlos (Versand gegen Kostenbeteiligung)

Bestellung oder Download

[boell.de/isswas](http://boell.de/isswas)

Neuerscheinungen und Veranstaltungen der Heinrich-Böll-Stiftung



**Jahresbericht 2015 der Heinrich-Böll-Stiftung**  
Hrsg. Heinrich-Böll-Stiftung  
April 2016, 64 Seiten



**Für Demokratie**  
Vom Engagement der Heinrich-Böll-Stiftung in der Welt  
Hrsg. Heinrich-Böll-Stiftung  
April 2016, 120 Seiten



**Ideologien der Ungleichwertigkeit**  
Schriften zur Demokratie – Band 42  
Mit Beiträgen zu Jugendarbeit, Bildungspolitik und der Rolle des Staates  
Hrsg. Heinrich-Böll-Stiftung  
April 2016, 240 Seiten

Download und Bestellung unter:  
[boell.de/publikationen](http://boell.de/publikationen)

Kongress

Baustelle Flucht und Migration  
**Wie schaffen wir Integration?**  
Berlin, 24. – 25. Juni 2016  
Heinrich-Böll-Stiftung

- Einwanderungsrepublik Deutschland – Zusammenhalt und Zukunftsvisionen
- Integration – Teilhabe – Inklusion (Bildung, Arbeit, Politik)
- Good Practices: Integrationsmodelle in Kommunen, Städten und Institutionen
- Europäische Zusammenarbeit
- Internationale Perspektiven und Entwicklungszusammenarbeit

E [migration@boell.de](mailto:migration@boell.de) I [calendar.boell.de](http://calendar.boell.de)



Illustration: Blake Stevenson from the Noun Project

**Rendite auf Kapital wächst deutlich schneller als die Wirtschaft insgesamt, vor allem aber als die Einkommen über Arbeit. Damit fällt man zunehmend zurück.**



#### GRÜNE STEUER

Wie können wir eine gerechte Besteuerung von Familien schaffen, die die Vielfalt der Lebensmodelle im Blick hat und Kinder in den Mittelpunkt stellt? Eine Koordinierungsgruppe Finanz- und Steuerpolitik unter der Leitung von Simone Peter will Eckpunkte einer sozialen und ökologischen Finanzpolitik darstellen. Ein Ende des Dienstwagenprivilegs, der Abbau der Dieselsubventionen sowie eine Reform der Luftverkehrssteuer – mit welchen Bausteinen wollen wir die ökologische Finanzreform voranbringen? Debattiert wird auch über die richtigen Maßnahmen, um Einkommen und Vermögen gerecht zu besteuern und Steuersümpfe trocken zu legen – siehe Panama Leaks. Die Koordinierungsgruppe wird ihre Empfehlungen im Sommer zur Vorbereitung der Bundesdelegiertenkonferenz im November 2016 vorlegen.

schaffen, sondern ihn eindämmen. Sein Vorschlag: Alle Staaten der Welt sollten sich auf eine gemeinsame Vermögenssteuer einigen, die auch Steueroasen wie Panama verhindern würde. Jene Forderungen, Reiche zu besteuern und Vermögen umzuverteilen, artikulieren schon seit Jahren internationale Bewegungen der Kapitalismuskritik, von Occupy Wallstreet bis zu den Protesten der Indignados in Spanien. In Deutschland hat die Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“ bereits konkrete Vorschläge für eine „Wirtschaftsdemokratie“ ausgearbeitet, um den Kapitalismus auf nationaler Ebene einzudämmen. Ihr Sprecher Heinz-Josef Bontrup, Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Westfälischen Hochschule, sieht eine partizipative Unternehmenskultur vor, wie sie immer noch in der Kohle- und Stahlindustrie durch das Montanmitbestimmungsgesetz von 1951 gilt: Die abhängig Beschäftigten können gleichberechtigt zu denen, die das Kapital haben, darüber mitbestimmen, was das Unternehmen macht, etwa wie neue Investitionen, Beschäftigungsverhältnisse und Umweltschutz gehandhabt werden. „Das müsste für alle 43 Millionen abhängig Beschäf-

schlussmechanismen werden dadurch bedingt, dass die Menschen von Geburt an in dieser Gesellschaft unterschiedlich stark diskriminiert beziehungsweise privilegiert sind – und wer privilegiert ist, tut sich leichter, auch an andere Privilegien, wie etwa an noch mehr Wohlstand und Kapital heranzukommen. Das ist das Gegenteil der solidarischen Gesellschaft, in der die Sorge umeinander und nicht die Konkurrenz im Zentrum steht. Doch lässt sich eine solidarische Gesellschaft überhaupt mit einer Marktwirtschaft realisieren? Ist die nicht ein System, das Konkurrenz zum obersten Prinzip erhebt? Wenn wir uns von der Ungerechtigkeit einer zunehmend kapitalistischen Marktwirtschaft, in der jeder auf seinen eigenen Vorteil achtet, befreien wollen, was gibt es dann für Vorschläge? Eine Planwirtschaft, in der einzelne das Wohl aller verwalten und deren Leben damit durchregieren, scheint wenig geeignet als Modell für eine Art „gesamtgesellschaftliches Sharehaus“ wie im vorangegangenen Kapitel beschrieben, das individuelle Freiheit und Gleichheit vereint. Es gehe darum, die Marktwirtschaft endlich wieder sozialer zu machen, sagen KritikerInnen wie der französische Ökonom Thomas Piketty, der in seinem Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ einen Überblick über die Einkommens-, Vermögens- und Wachstumsentwicklung führender Industriestaaten über mehr als 100 Jahre hinweg gibt. Sein Fazit: Die Rendite auf Kapital wächst deutlich schneller als die Wirtschaft insgesamt, vor allem aber als die Einkommen über Arbeit. Die Ungleichheit nimmt also zu, Vermögen gesellt sich zu Vermögen und mit Arbeitseinkommen fällt man zunehmend zurück. Piketty hat damit die verbreitete Vorstellung korrigiert, dass sich Leistung im Kapitalismus immer lohnt. Er zeigt, dass die einen Kapital haben und damit Gewinn machen und die anderen nur ihre Arbeitskraft verkaufen können und zwar unter Wert, dass also diejenigen, die nicht andere Menschen für sich arbeiten lassen oder erben, nie reich werden können. Trotzdem will der Franzose nicht gleich den Kapitalismus ab-

#### ZUCCHINIKUCHEN MIT FRISCHKÄSE-ROSMARIN-FROSTING

##### Zutaten (Kasten)

Butter zum Einfetten der Form  
2 EL Semmelbrösel  
  
160 g weiche Butter  
250 g Zucchini  
60 g gemahlene Haselnüsse  
40 g gehackte Pistazien  
150 g Zucker / 50 g Honig  
3 Eier / 180 g Mehl  
1 Prise Salz  
1 gehäufte TL Backpulver  
1 TL Lebkuchengewürz oder Zimt  
  
400 g Frischkäse / 2 EL Puderzucker  
Saft und Schale von 1 Bio-Limette  
2 Zweige Rosmarin

##### Zubereitung

- Den Backofen auf 180°C Umluft vorheizen, die Form einfetten und mit Semmelbröseln ausstreuen.
- Zucchini raspeln und in einem Küchentuch ausdrücken.
- 2 EL Pistazien für die Deko beiseite legen und die restlichen Nüsse kurz in einer beschichteten Pfanne rösten.
- Butter mit dem Rührgerät schaumig schlagen, Zucker langsam einrieseln lassen und nach und nach die Eier und den Honig einarbeiten.
- Mehl mit Salz, Backpulver und dem Gewürz mischen und vorsichtig mit den Zucchini und den Nüssen unter die Eiermasse heben.
- Teig in die Form geben und auf der mittleren Schiene ca. 35 Minuten backen.
- Mit einem Holzstäbchen in die Mitte stechen und sicherstellen, dass der Kuchen vollständig durchgebacken ist.
- Vollständig auskühlen lassen.
- Frischkäse mit dem Limettensaft glattrühren und nach Geschmack Puderzucker dazugeben.
- Einen Teil des Rosmarins hacken und unter das Topping rühren. Mit dem anderen Zweig dekorieren.

Sich gerecht behandelt fühlen – das gelingt, indem man an den Verteilungsverhandlungen beteiligt wird. So lassen sich Lösungen akzeptieren, die einem vielleicht nicht so gut schmecken. Ist ok für mich, das Randstück!



„WIR MÜSSEN ES SCHAFFEN,  
DASS KINDER NICHT NUR  
AUF GLÜCK ANGEWIESEN SIND.“  
von Cem Özdemir

Manchmal ist Gerechtigkeit ganz konkret. Meine Lehrerin war gleich in der ersten Klasse davon überzeugt, dass meine Eltern mich ja sowieso zurückschicken würden. Wohin zurück? Ins Kreiskrankenhaus, wo ich geboren wurde? Als es dann in der vierten Klasse darum ging, auf welche Schule wir wechseln sollten, wollte ich natürlich auf's Gymnasium! Mein Lehrer lachte heftig, bis die ganze Klasse in den Chor einstimmte. Dieses Lachen habe ich nie vergessen. Über Hauptschule, Realschule, Ausbildung und Fachhochschulreife über den zweiten Bildungsweg habe ich mein Ziel trotzdem verfolgt. Ich hatte auch Glück. Denn Eltern meiner deutschen Freunde haben mir bei den Hausaufgaben geholfen und meine Eltern leisteten sich Nachhilfe für mich. Wir müssen es schaffen, dass Kinder nicht nur auf Glück angewiesen sind. Gerechtigkeit bedeutet für mich, dass die Chancen in Deutschland fair verteilt sind. Auf den Anfang kommt es an: Jedes Kind kann etwas und muss seinen Fähigkeiten entsprechend gefördert werden. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern oder der Herkunft abhängen.

**Zur Realisierung staatlicher Maßnahmen für eine gerechtere Wirtschaft bedarf es dringend einer gesellschaftlichen Mobilisierung.**

tigten in Deutschland gelten“, findet Bontrup. Aber würde das deren zunehmende Ausbeutung aufhalten? Um die Wirtschaft in Deutschland in Gang zu halten, prognostizieren einige WissenschaftlerInnen, dass weniger Arbeit als früher gebraucht wird – was den Menschen eigentlich ein schöneres Leben bieten könnte. Doch weil Arbeitslosigkeit stigmatisiert ist, müssen immer mehr einzelne Arbeitnehmer um immer weniger Stellen konkurrieren und so lassen sich schließlich auch die Löhne immer weiter senken – Mindestlohn hin oder her. Als Reaktion auf diese Situation schlägt Gabriele Winker ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle vor: „Das befreit Arbeitslose aus der Stigmatisierung und sichert die Existenz eines jeden.“ Bontrup dagegen ist für die 30-Stunden-Woche, also für kurze Vollzeit für alle. Dadurch würden diejenigen, die in Unternehmen oder in der öffentlichen Verwaltung angestellt sind, mehr Freiheit gewinnen und die Arbeitslosen die Möglichkeit, wieder Teil der Arbeitswelt zu werden. „Unsere Rechnungen zeigen, dass das bei vollem Lohnausgleich möglich ist. Für die Umstellung müssten Reiche zwar zunächst stärker besteuert werden, doch würde die Umverteilung dadurch nicht weiter gehen als bis zu jenem Verhältnis zwischen Arm und Reich, wie es in den 60er-Jahren vorherrschte“, erklärt Bontrup. Seine Rechnungen liegen schon seit einigen Jahren vor. Warum aber werden die Ideen der Arbeitsgruppe nicht im Bundestag diskutiert? Warum wird Winkers Vorschlag einer „Care Revolution“ von der Politik nicht stärker wahr genommen? Ist der Druck bislang nicht groß genug? Winker glaubt, dass es zur Realisierung staatlicher Maßnahmen für eine gerechtere Wirtschaft dringend einer gesellschaftlichen Mobilisierung bedarf. Das Potenzial dafür sieht sie bereits in den regional ausgerichteten Warnstreiks von Pflegekräften in den vergangenen Jahren, im Zusammenschluss selbstorganisierter Hausprojekte im Miethäuser-Syndikat, in der breiten „Recht auf Stadt“-Bewegung, die sich für bezahlbaren Wohnraum für alle einsetzt, und in den kommunalen Auseinandersetzungen um Angebote für Kinderbetreuung und Ganztagschulen. Verbindend,

sagt Winker, könnte die radikale Erkenntnis sein, dass menschliche Lebensinteressen nicht über profitorientierte Kapitalakkumulation zu verwirklichen sind, sondern nur durch gemeinschaftliches Handeln und Solidarität. Doch was heißt das auf globaler Ebene, auf der die Konsequenzen der Ungleichheit noch viel gravierender zu Tage treten und die Menschen sowie ihr Lebensraum komplett ausgebeutet werden? Was könnte eine verbindende Erkenntnis sein, die zum Umdenken treibt? Die Proteste gegen TTIP verdeutlichen die Kraft und die Entschlossenheit der Zivilgesellschaft. Aber das allein reicht nicht.

**Ökologie und Globalität**

Bereits 2007 kam das US-Verteidigungsministerium zum Ergebnis: Nicht der internationale Terrorismus sondern der globale Klimawandel sei die größte sicherheitspolitische Bedrohung für die Menschheit. Er führe zum Untergang ganzer Völker. Die Kritik an einer

**APFEL-SCHMAND-KUCHEN  
VOM BLECH**

- Zutaten**  
220 g Mehl  
300 g Butter  
3 EL gemahlene Haselnüsse  
120 g brauner Zucker  
1 Prise Salz  
  
2 Vanilleschoten  
5 Eier  
150 g Zucker  
300 g Schmand  
800 g säuerliche Äpfel  
1 EL Zucker  
1 TL Zimt  
60 g gehobelte Mandeln  
Puderzucker zum Bestäuben

- Zubereitung**
- Backofen auf 200°C Umluft vorheizen.
  - Alle Zutaten für den Teig in eine Schüssel geben und zerkrümeln.
  - Die Streusel auf einem mit Backpapier ausgelegtem Backblech verteilen und ca. 15 Minuten vorbacken.
  - Eier, Zucker und Vanille mit der Küchenmaschine schaumig schlagen, Schmand dazugeben und verrühren. Die Creme auf den heißen Boden geben.
  - Äpfel waschen, vierteln, kleinschneiden, mit Zimt und Zucker mischen und auf der Creme verteilen.
  - Bei 180°C 40 Minuten auf mittlerer Schiene backen.
  - Mandeln ohne Fett in einer beschichteten Pfanne rösten bis sie duften.
  - Kuchen nach dem Backen mit Puderzucker und Mandeln bestreuen.



„Es ist genug für alle da“ – unter diesem Motto findet am 17. und 18. Juni in Berlin unser Grüner Gerechtigkeitskongress mit Vorträgen, Diskussionsrunden und Workshops statt. Programm und Anmeldung unter [gruene.de/gerechtigkeitskongress](http://gruene.de/gerechtigkeitskongress)



Das richtige Verhältnis der Stücke ist gefunden und alles zur Zufriedenheit verteilt – gut. Stellt sich gleich die nächste Frage der Gerechtigkeit: Wie füllt man das Blech jetzt wieder auf?



„DER GERECHTIGKEITSBEGRIFF MUSS NACHFOLGENDE GENERATIONEN EINSCHLIESSEN“  
von Simone Peter

Meine politisch umtriebige Familie hat mein Gerechtigkeitsempfinden wesentlich geprägt: Der soziale Zusammenhalt, auch begründet aus der katholischen Soziallehre, stand im Fokus des elterlichen Engagements. Zudem war meiner Mutter – Sozialdemokratin und saarländische Sozialpolitikerin – seit den 1960er-Jahren die Gleichstellung der Geschlechter ein zentrales Anliegen. Simone de Beauvoir wirkte nachhaltig. Über den Widerstand gegen die benachbarte Atomzentrale Cattenom, die nahe Stationierung von US-Atomraketen und die wachsende Umweltbelastung, die sich in Wald- und Fischsterben niederschlug, kamen wir zu der Erkenntnis, dass der Gerechtigkeitsbegriff auch nachfolgende Generationen einschließen muss. Der Einsatz in Eine-Welt-Projekten stärkte mein Bewusstsein für die globale Verantwortung. In der Zeit meiner politischen Sozialisierung Mitte der 1980er-Jahre thematisierten ausschließlich die Grünen all diese Gerechtigkeitsdimensionen. Das gilt bis heute. Grenzen des Wachstums, die sich in der Klimakrise ebenso widerspiegeln wie in der wachsenden sozialen Ungleichheit, ergeben die logische Konsequenz: Gerechte Verteilung ist die Basis für ein faires Zusammenleben – heute und in Zukunft.

Lebensweise, die Ressourcen verschwendet, hat seither zugenommen, ebenso wie Diskussionen zu Umweltgiften und Abgasnormen für Autos oder Heizungstypen. Vor allem die Staaten des Nordens, die mussten sich die Regierungen eingestehen, verursachen die fortschreitende Umweltzerstörung – während die Staaten des Südens und alle späteren Generationen stärker unter den Folgen leiden. So wurde auch in Kreisen, die sich davor nicht mit Umweltpolitik befasst hatten, bereits vor über zehn Jahren klar: Wenn man räumlich und zeitlich weit blickt, ist die Frage nach der Ökologie, nach unserem Umgang mit der Natur, die Gerechtigkeitsfrage schlechthin. Also wurden Regeln vereinbart, nach denen diejenigen, die viel verbrauchen, auch mehr zahlen. Regeln, die die Gewohnheiten der Menschen ändern und die Welt wieder gerechter machen sollten. In der Gegenwart, so hieß es, sollte politische Verantwortung übernommen werden, damit es auch in Zukunft menschliches Leben gäbe. Die Natur sollte erhalten werden für künftige Generationen und auch, weil es gegenüber allen nicht-menschlichen Lebewesen, Tieren und Pflanzen ungerecht wäre, wenn der Mensch die ganze Erde ruinieren würde. In den letzten Jahren verkaufen sich Magazine über das Leben auf dem Land, mit Fotos, auf denen Menschen ihre Finger in die Erde graben und ihr Gemüse selber jäten, sowie Produkte, die als „nachhaltig“ oder „natürlich“ angepriesen werden, besonders gut. Doch der globale CO<sub>2</sub>-Ausstoß, der Ressourcenverbrauch und der Verlust der Artenvielfalt steigen ungebremst weiter. Dass Nachhaltigkeit toll ist, fanden neun von zehn BürgerInnen in Deutschland schon im April 2001, als der „Rat für Nachhaltige Entwicklung“ von der damaligen Bundesregierung mit einer bundesweiten Umfrage ins Leben gerufen wurde. Aber auch neun von zehn konnten nicht genau sagen, was damit eigentlich gemeint ist. Die Natur zu erhalten, oder? Genau das suggeriert der Begriff in vielen Diskussionen immer noch: Die Bestandserhaltung einer „natürlichen Umwelt“. Und genau diese Vorstellung von Nachhaltigkeit hat Klimakonferenzen und Umweltschutz blockiert: Denn sie steht im Widerspruch zum Prinzip der Gerechtigkeit, das schließlich die Verteilung von lebenswichtigen Naturgütern an die Menschen nahelegt, so Anton Leist, der als Professor im Ethikzentrum der Universität Zürich jahrelang zu ökologischer Gerechtigkeit geforscht hat. Erst wenn wir uns von einer Vorstellung von Natur als vom Menschen unabhängiger Sphäre lösen und

den Sinn von Natur in der jeweiligen Kultur begründet sehen, könnten wir definieren, was für uns nachhaltig ist. Zu jener Forderung führen auch die neuesten Erkenntnisse der Naturwissenschaften: Es gibt keine Prozesse mehr auf diesem Planeten, die vom Menschen unberührt sind. Vom Bevölkerungswachstum über das Wachstum des Bruttosozialprodukts, den zunehmenden Bau von Staudämmen, den wachsenden Verbrauch von Dünger, die immer größere Verbreitung von Fast-Food-Ketten, die Ausweitung weltweiter Transporte und des internationalen Tourismus bis hin zum Rückgang des Regenwaldes und der globalen Biodiversität – das Anthropozän hat begonnen, das Zeitalter der Menschen. Laut dem Chemie-Nobelpreisträger Paul Crutzen, der den Begriff im Jahr 2000 auf einer Konferenz erstmals verwendet und ihn 2002 in einem Artikel in der renommierten Fachzeitschrift Nature als „Die Geologie der Menschheit“ präzisiert hat, verändere menschliches Handeln seit 1945 den ganzen Planeten immer schneller – für Hunderttausende von Jahren. Die ForscherInnen sehen die kapitalistische Wirtschaftsform als eine wesentliche Antriebskraft. Das beständige Wachstumsbestreben führe zu immer unvorhersehbaren Folgen. Etwa zu Überschwemmungen oder Dürreperioden, wie gerade in Westindien, wo 330 Millionen Menschen nichts mehr zu essen und zu trinken haben und 2016 das heißeste Jahr in der Geschichte werden soll, wodurch es zu Verteilungskämpfen und Migrationsbewegungen kommt. Im Anthropozän verweben sich Natur und Kultur, intentionales Handeln und natürliche Kausalketten ineinander. Das erfordert ein radikales Umdenken – nicht nur, um die neueren Entwicklungen zu verstehen, sondern auch, weil unser bisheriges Wissen, unsere Annahmen über die Welt uns vor den negativen Auswirkungen des Anthropozäns nicht bewahren konnten, sie im Gegenteil sogar bedingt haben. Wir müssen die Biosphäre als Zusammenhang begreifen, so die ForscherInnen zum Anthropozän, innerhalb dessen einzelne Lebensformen nur in Relation zu den übrigen existieren können. In dieser Vorstellung sind Menschen Teil des Erdsystems, das gleichermaßen die Infrastruktur ihres Überlebens ist: Moore und Regenwälder werden zu CO<sub>2</sub>-Depots, für deren Bestand Menschen sorgen müssen, und auch Orang-Utans und Tiger gelten als Haustiere, um deren Überleben wir uns kümmern müssen. In der Perspektive des Anthropozäns werden die menschlichen Siedlungen selbst zu Ökosystemen, Maschinen und ihre Produkte zu Akteuren auf

Eine Partei, die sich für Gerechtigkeit einsetzen will, muss um die gleiche Teilhabe aller BürgerInnen an den gesellschaftlich produzierten Werten kämpfen.

der Erde, die sich deren Stoffwechsel anpassen, also wiederverwertbar sein müssen. Dann könnte in Agbogbloshie in Ghana, am Rande der Hauptstadt Accra, einem Gebiet, das vor 15 Jahren noch eine grüne Lagune war, wieder etwas wachsen. Etwas anderes als die Berge von Elektro- und Plastikschrott aus Europa, die Luft und Boden mit Schadstoffen belasten – 50-fach stärker als zulässig –, auf denen kleine Kinder den Schrott auf der Suche nach Zink und Kupfer verbrennen und dabei süchtig werden nach den giftigen Gasen, die für einen frühen Tod sorgen. Anzuerkennen, dass alles mit allem zusammenhängt, scheint banal und esoterisch. Doch es ist eine krasse Herausforderung für unseren Blick auf die Welt und unsere eige-

ne Position darin, also sowohl für die Bewertung unserer Handlungen als auch für die Forschung, die ihre disziplinären Trennungen und Traditionen kaum mehr aufrecht erhalten kann. Wird umgedacht, kann der Mensch auch als verantwortungsvoller Akteur auftreten und nicht nur als Spezies der Zerstörung.

**Epilog**  
Gerechtigkeit drückt sich in der Wertschätzung des Lebens und der Würde jeden Lebens aus. Ein Einsatz für Gerechtigkeit ist ein Einsatz gegen willkürliche Privilegierung, gegen wirtschaftliche und kulturelle Ausschlüsse und Hierarchisierungen zwischen Menschen. Er ist ein Einsatz dafür, dass alle Menschen ein würdevolles Leben

haben: Ein Leben, das mehr ist als zu überleben, ein Leben, das daraus besteht, zwischen verschiedenen Lebenswegen wählen zu können, eine Wahl zu haben und damit auch eine Verantwortung. Eine Partei, die sich für Gerechtigkeit einsetzen will, muss um die gleiche Teilhabe aller BürgerInnen an den gesellschaftlich produzierten Werten kämpfen sowie für die öffentliche Garantie gleicher Lebenschancen für alle. Das ist auch für eine Demokratie unabdingbar, in der alle die gleichen Möglichkeiten haben müssen, ihre Stimme frei zu entwickeln. Dafür ist nötig, die Umverteilung materieller Ressourcen und die Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt miteinander zu verbinden und Kritik als Herrschaftskritik zu formulieren, im Einsatz für die Emanzipation aller Menschen von dem, was unterdrückt, bevormundet und sie zu egoistischen Konkurrenten macht.

**CAROLIN WIEDEMANN**  
schreibt als freie Journalistin über Kontrollgesellschaften, Utopien, Protest und Migration. In ihrer Doktorarbeit hat sie zu neuen Formen von Kollektivität geforscht und sich gefragt, ob es Einschluss überhaupt ohne Ausschluss geben kann.

FÜR UNSERE  
GESUNDHEIT  
HAT INSELARZT MARTIN  
700 SPRECHZIMMER.  
WIR SAGEN DANKE.



Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter [www.pkv.de/martin](http://www.pkv.de/martin)

IHRE PRIVATEN  
KRANKENVERSICHERER



# EUROPAGRUPPE GRÜNE

Als grüne Europaabgeordnete beleuchten wir das Thema Gerechtigkeit europäisch: durch unsere Arbeit an einer gerechteren Ausgestaltung der EU-Dienstleistungsrichtlinie (Terry Reintke), durch das Abwägen eines „gerechten Europas“ auf beiden Ebenen der EU (Reinhard Bütikofer) und unseren Einsatz für mehr Steuergerechtigkeit (Sven Giegold).

Wir berichten auch von unserer Arbeit an einer nachhaltigen, globalen Entwicklungs- und Landwirtschaftspolitik (Maria Heubuch und Martin Häusling) sowie von den Möglichkeiten der EU, mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen (Helga Trüpel).

Wir heißen alle Leser\*innen herzlich willkommen auf den Europaseiten und wünschen spannende Einblicke.

EURE EUROPAGRUPPE GRÜNE

## ENTSENDERICHTLINIE DER EU ENTSENDUNG VON ARBEITNEHMER\*INNEN

von Terry Reintke

**R**umänische Arbeiter\*innen schuften in einer Schiffswerft in Duisburg für nur fünf Euro am Tag – zum Schluss bekommen sie gar keinen Lohn mehr. Drei polnische Arbeitskräfte in der Fleischverpackung eines großen Betriebs südlich von Oldenburg werden ohne schriftlichen Arbeitsvertrag monatelang ausgebeutet – mit täglichen Arbeitszeiten zwischen zwölf und 14 Stunden. Bulgarische Kraftfahrer, die zwar in Deutschland arbeiten, aber mit tschechischen Verträgen angestellt sind, können häufig wochenlang ihre Familien nicht sehen.

Arbeitnehmer\*innen, die von ihrem Betrieb in einen anderen Mitgliedstaat entsandt werden, um dort zu arbeiten, werden viel zu häufig Opfer von Ausbeutung. Oft kennen sie ihre Rechte zu wenig und sprechen kaum die Sprache. Das wissen listige Unternehmer\*innen schamlos auszunutzen: Lücken und Grauzonen bei der Anstellung werden benutzt, um geltendes Recht zu umgehen. So entstehen Konstrukte, die scheinbar ganz legal das Umgehen von Mindeststandards bei der Arbeitszeit, bei der Sicherheit am Arbeitsplatz oder beim Kündigungsschutz möglich machen.

**„Wir brauchen endlich den politischen Willen, um den Grundsatz ‚Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort‘ konsequent umsetzen zu können.“**

Die Europäische Union könnte solchen Praktiken einen Riegel vorschieben und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse über Grenzen hinweg bekämpfen. Doch anstatt eine Vision für soziale Rechte europaweit zu entwickeln, vertut die Europäische Kommission mit ihrem jetzigen Vorschlag zur Überarbeitung der Entsenderichtlinie wieder einmal eine Chance. Damit werden vor allem mobile Arbeitskräfte geschwächt: Die systematische Ausbeutung von mobilen Arbeitnehmer\*innen darf kein Geschäftsmodell sein!

Wir Grüne werden dafür kämpfen, mobile Arbeitskräfte wirksam vor Ausbeutung zu schützen. Der Grundsatz der Gleichbehandlung mobiler EU-Bürger\*innen muss endlich umgesetzt werden. Dazu gehört, dass Arbeitnehmer\*innen ihr Recht auf Informationen über Arbeitsbedingungen und Kompensationsansprüche wahrnehmen können. Wir brauchen mehr Transparenz und klare Rechtsgrundlagen. Für uns Grüne ist die Frage von fairer Mobilität Teil des Fundaments für eine soziale und gerechte Europäische Union.



**TERRY REINTKE**

kämpft für eine progressive Sozialpolitik, die echte Teilhabe ermöglicht und den Zusammenhalt in Europa stärkt.

## GERECHTIGKEIT WAS BEDEUTET »GERECHTES EUROPA«?

von Reinhard Bütikofer

**E**s gehört zu den selbstverständlichen Topoi jedes grünen Programms, sich emphatisch für eine „gerechte Welt“ einzusetzen. Dagegen ist der Sprachgebrauch „gerechtes Europa“ eher nicht üblich. Im Europawahlprogramm 2014 zum Beispiel habe ich die Formulierung „gerechtes Europa“ nicht gefunden. Ich denke über die Formulierung nach und finde zunächst keinen Grund gegen sie. Doch sobald ich dem nachsinne, was „gerechtes Europa“ heißen könnte, drängt sich der Gedanke auf, dass man das wohl auf zwei Ebenen betrachten muss.

Denn zum Einen ist die EU eine Union der Bürger\*innen und zum Anderen, so hat es das Bundesverfassungsgericht in seinem Maastricht-Urteil beschrieben, eine Union der Mitgliedstaaten. Ein gerechtes Europa, eine gerechte Union müsste also sowohl aus der Sicht der Bürger\*innen, als auch aus der Sicht der Nationen beschrieben werden. Diese zwei Logiken kommen allerdings nicht von selbst zur Übereinstimmung, sie können durchaus einander widersprechen. Aus individueller Sicht, bürgerrechtlich, ist schwer zu argumentieren, wieso nicht jede Europäerin und jeder Europäer Anspruch auf ein gleiches Existenzminimum haben sollte. So haben deutsche Gerichte argumentiert, die Sozialleistungen für alle EU-Bürger\*innen zugänglich machen wollten. Doch ist es auch aus der Sicht der Beziehung zwischen den Nationen gerecht, dem deutschen Sozialstaat diese Verantwortung aufzuerlegen?

Die Bundesregierung der Großen Koalition sagt dazu nein. Mit der Parole „europäische Gerechtigkeit“ könnte man für beide Positionen argumentieren. Also nutzen wir diese lieber nicht, Sprachgebrauch hin oder her! Dass die Vorstellung eines gerechten Europas kein widerspruchsfreier Raum sein kann, wird bei solchen Überlegungen immerhin deutlich. Eine kleine Erkenntnis des Gedankenexperiments vielleicht, aber keine unwesentliche.



Reinhard Bütikofer

**REINHARD BÜTIKOFER**

Die Gerechtigkeit, so lehrt uns Hesiod, ist eine Tochter des Zeus und ihre Schwestern heißen Zeitmaß, Ordnung und Frieden.

### EUROPÄISCHE SICHERHEITSPOLITIK

Nach den Anschlägen in Brüssel ist klar: Statt neuer anlassloser Datensammlungen braucht es echte EU-weite Zusammenarbeit und den Austausch von Informationen über Verdächtige. Hierfür legt die neue Datenschutzrichtlinie der EU gemeinsame Standards fest. Das ist auch ein grüner Erfolg!

Jan Philipp Albrecht  
www.janalbrecht.eu



Weitere Infos auf  
[gruene-europa.de](http://gruene-europa.de)  
[gruene\\_europa facebook.com/europagruppe](https://gruene_europa.facebook.com/europagruppe)

## EUROPÄISCHE STEUERN GEGEN DIE SPALTUNG DER GESELLSCHAFT

von Sven Giegold

**G**erade bei den Steuern, auf die es für soziale Ungleichheit ankommt, ist Europa ohne Mindeststandards. Kapitalertragssteuer, Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer, Vermögensbesteuerung oder Körperschaftssteuer liegen alle in nationaler Kompetenz. Gerade kleine Länder nutzen das, um als Steueroasen einen guten Schnitt zu machen und ihre Souveränität an Großunternehmen und Steuerflüchtlinge zu verkaufen. Der Schaden durch internationalen Steuerbetrug und Steuertricks für die anderen Mitgliedsländer liegt bei einem dreistelligen Milliardenbetrag jährlich. Der Reputationsschaden für die europäische Idee ist unermesslich.

Das Unfassbare ist, dass dieses Treiben auf Kosten des fairen Wettbewerbs und der Steuergerechtigkeit über Jahrzehnte ständig schlimmer werden konnte. Steuerregeln sind in Europa nur einstimmig zu ändern, was wir Grünen korrigieren wollen. Doch das ist höchstens die halbe Erklärung. Vielmehr haben die Finanzminister\*innen und Staatschef\*innen dem aggressiven Steuerwettbewerb in Europa gerne zugeschaut. Während bei weitaus weniger kostspieligen Angelegenheiten Zoff im Europäischen Rat war, sahen Schäuble und Kolleg\*innen dem Steuerdumping tatenlos zu. Doch in den letzten Jahren kam Bewegung in die europäische Steuerpolitik. Dank der von Whistleblowern aufgedeckten Steuerskandale SwissLeaks, OffshoreLeaks, LuxLeaks und nun PanamaLeaks gelang es in den letzten Jahren mehr gegen Steueroasen zu tun, als in den Jahrzehnten davor.

Wir Grüne wollen, dass dieser Kampf gegen Steuerdumping weitergeht und wir letztlich eine gemeinsame Steuerpolitik in Europa bekommen – mit Mindeststeuersätzen, Umweltsteuern, Vermögensteuern und gemeinsamen Bemessungsgrundlagen. Europa ohne Steuersümpfe ist ein Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt!



**SVEN GIEGOLD**

Eine gemeinsame europäische Politik gegen Steuerdumping ist zum Wohle Europas, des sozialen Zusammenhalts und fairen Wettbewerbs.

### SCHLUSS MIT DEM FLICKENTEPPICH

Es ist so weit: Der „technische Pfeiler“ des vierten Eisenbahnpakets ist verabschiedet. Statt eine Lokomotive in jedem Mitgliedstaat einzeln zuzulassen, kann die Europäische Eisenbahnagentur künftig Genehmigungen erteilen. Das spart Zeit und Geld und macht die Bahn noch attraktiver.

Michael Cramer  
www.michael-cramer.eu

### DIESELGATE – ERSTE ZEUG\*INNEN GEHÖRT

Der Untersuchungsausschuss zum Dieselskandal hat die Arbeit aufgenommen, erste Zeug\*innen wurden gehört. Fest steht, dass die Europäische Kommission schon im Jahr 2014 ähnliche Informationen zu Emissionsüberschreitungen wie die Behörden in den Vereinigten Staaten hatte. Diese wurden aber nicht verfolgt.

Rebecca Harms  
www.rebecca-harms.de



## ENTWICKLUNGSPOLITIK KLEINBÄUER\*INNEN FÖRDERN

von Maria Heubuch

**D**ie wichtigsten Investor\*innen in die afrikanische Landwirtschaft sind – entgegen gängiger Annahmen – die lokalen Kleinbäuer\*innen. Sie produzieren rund 70 Prozent der Lebensmittel und sichern 60 Prozent der Arbeitsplätze im ländlichen Afrika. Europäische Entwicklungshilfegelder sollten in erster Linie ihnen zugutekommen. Das ist aber nicht immer der Fall.

Ein aktuelles Beispiel ist die „Neue Allianz für Ernährungssicherheit“, eine große öffentlich-private Partnerschaft, die von den G8-Staaten ins Leben gerufen wurde und von der EU mitfinanziert wird. Ziel ist, mehr private Investitionen in die Landwirtschaft nach Afrika südlich der Sahara zu locken. Doch die „Neue Allianz“ fördert multinationale Konzerne und eine ressourcenintensive Landwirtschaft, die von Gentechnikpflanzen und Mineraldüngern abhängt. Das läuft dem Ziel entgegen, das Leben von Millionen lokaler Kleinbäuer\*innen zu verbessern. Ende April verabschiedete der Entwicklungsausschuss des EU-Parlaments meinen kritischen Bericht, der zahlreiche ernste Probleme innerhalb der Initiative aufzeigt und von der EU fordert, diese zu lösen oder aus dem Programm auszusteigen.

Der US-amerikanische Gentechnikriese Monsanto bezeichnete die parlamentarische Bewertung als „neokolonial“. Afrikanische Regierungen sollten „selbst entscheiden“, ob sie Agro-Gentechnik verwenden möchten oder nicht, so der Konzern. Sind plötzlich auch Großkonzerne für die Selbstbestimmung von Entwicklungsländern? Wohl kaum! Doch um Marktanteile zu halten, ist jedes Argument dienlich. Natürlich ist Monsanto

unfroh, wenn Bäuer\*innen in Afrika mit ökologischen Methoden gute Erfolge erzielen. Ebendiese sollte die EU durch Entwicklungszusammenarbeit fördern, nicht Großkonzerne.

### MARIA HEUBUCH

ist selbst Bäuerin und setzt sich global für eine nachhaltige Landwirtschaft und eine wirksame Entwicklungspolitik ein.



## GERECHTIGKEIT BILDUNGSANGEBOTE FÜR ALLE ÖFFNEN!

von Helga Trüpel

**B**ildung ist ein Menschenrecht, welches keinem Menschen in Europa abgesprochen werden darf. Der Zugang zu Bildung ist aber in unserer Gesellschaft viel zu häufig von Geschlecht, Herkunft und Einkommen abhängig. Wir Grüne setzen uns dafür ein, die Zugänge zu formellen Bildungsangeboten zu erleichtern und eine stärkere Anerkennung und Förderung von informeller Bildung zu erwirken.

Ein zentrales Hindernis für erfolgreiche Bildungsbiographien stellt Armut dar. Wir dürfen nicht zulassen, dass der Erfolg in Schule, Ausbildung und Beruf vom Elternhaus abhängig ist. In einer demokratischen Gesellschaft zu leben, bedeutet auch gezielte Förderung von benachteiligten Gruppen. Für Flüchtlinge stellt der Zugang zu Bildungsangeboten eine wichtige Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Integration in unser gesellschaftliches Leben dar. Wir müssen hierfür die Voraussetzungen schaffen.

Europa hat im Bildungssektor kein Exzellenzproblem, sondern ein Gerechtigkeitsproblem. Auch wenn die Mitgliedstaaten im Kern für Bildung zuständig sind, so setzen wir Grüne uns auf der Ebene der EU dafür ein, dass existierende Förderprogramme speziell benachteiligte Gruppen erreichen. Wir wollen eine gezieltere Förderung von kultureller und sprachlicher Vielfalt in Bildungs- und Kulturangeboten, die Ausweitung von Bildungsprogrammen auf nicht-akademische Zielgruppen und die stärkere Förderung von informeller Bildung. Mit der Integration von interkulturellen Projekten und Maßnahmen zur Verhütung von Gewaltbereitschaft und Radikalisierung in die Förderprogramme ERASMUS+ und Creative Europe hat die EU-Kommission erste Schritte in diese Richtung unternommen. In der Umsetzung müs-

sen aber auch kleine Projektträger auf lokaler Ebene profitieren können. Dies geht nur, wenn europäische Förderung schlanker bei der Antragstellung wird.

### HELGA TRÜPEL

setzt sich für benachteiligte Zielgruppen, einfachere Antragsverfahren und den Schutz von kultureller Vielfalt ein.



### INTERNATIONALES RECHT UNTERLAUFEN

Mit dem EU-Türkei-Pakt unterlaufen die Mitgliedstaaten der EU internationales Recht. Die Türkei ist kein sicherer Drittstaat für Flüchtlinge. Die Zusagen der EU-Staaten, Flüchtlinge aus der Türkei aufzunehmen, sind Augenwischerei. Darüber hinaus wird Griechenland hängen gelassen.

Ska Keller  
www.skakeller.de

### GELDER FÜR DIE FLÜCHTLINGSARBEIT

Die EU-Finanzhilfen im Bereich der Asyl- und Integrationsarbeit sind beachtlich. Aber übersichtlich? Das sind die Förderprogramme mit Sicherheit nicht. In meiner neuen Broschüre schaffe ich nun Klarheit. Zu lesen und zu bestellen auf meiner Homepage: <http://gruenlink.de/15u6>

Barbara Lochbihler  
www.barbara-lochbihler.de

## AGRARMARKTKRISE KATASTROPHALE BILLIGPRODUKTIONEN

von Martin Häusling

**M**assenproduktion in der Landwirtschaft geht auf Kosten von ökologischer Nachhaltigkeit und Gesundheit. Aktuell zeigt dies zum Beispiel das meistverwendete Pestizid der Welt: Glyphosat. Konventionelle Landwirte verwenden es als „chemisches Pflügen“, das billiger ist als mechanische Unkrautbekämpfung. Die Weltgesundheitsorganisation hat das Pestizid allerdings als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft. Trotzdem unterstützt die EU-Kommission seine Zulassung massiv – so wie auch die Bundesregierung. Die Agrochemie-industrie, die auf weitere Milliardenumsätze hofft, ist daran natürlich nicht unbeteiligt. Vorsorgender Verbraucherschutz sieht anders aus! Glyphosat muss vom Markt genommen werden.

Eine weitere Facette des Irrsinns von „Billigbillig“ zeigt die aktuelle Agrarmarktkrise. Die europäische und deutsche Agrarpolitik, die auf Erzeugung von Masse statt auf Qualität und Biolandwirtschaft setzt, hat dazu beigetragen, dass die Weltmärkte

mit austauschbaren, billigen landwirtschaftlichen Produkten überschwemmt worden sind. Besonders krass zeigt sich das bei Milch und Fleisch. Seit gut eineinhalb Jahren sinken die Erzeugerpreise für diese Produkte und verursachen große wirtschaftliche Not bei den Bauern. Insolvenzen und Hofaufgaben nehmen dramatisch zu. Und das nicht nur in Europa, sondern auch im globalen Süden, wo heimische Märkte zerstört werden.

Die Auswirkungen der Billigproduktion machen immer deutlicher: Worauf wir in Europa – und auch weltweit – setzen müssen, ist eine nachhaltige, ressourcenschonende und tiergerechte Landwirtschaft, die sich auf ihre eigenen Stärken und auf die eigenen lokalen Verarbeiter\*innen und Märkte besinnt. Das erhält landwirtschaftliche Betriebe in ihrer Vielfalt und generiert mehr Wertschöpfung, auch im ländlichen Raum. Die Biobäuer\*innen tun all dies und sind auch deshalb von der akuten Agrarkrise verschont. Ihr Beitrag zum Ressourcen- und Tierschutz muss aber auch zukünftig deutlich fairer entlohnt werden. Ökologische Landwirtschaft muss zum Leitbild der EU-Agrarpolitik werden.



### MARTIN HÄUSLING

Konzepte und Instrumente einer grünen Agrarpolitik diskutieren wir am 5. September unter anderem mit Robert Habeck in Berlin. Infos auf meiner Homepage.

# 7,5 Milliarden Euro aus Nebeneinkünften. Interessiert?

Wie die Anmeldung von Minijobbern dem Staat  
jedes Jahr Einnahmen in Milliardenhöhe sichert.

Jetzt informieren: [minijob-zentrale.de](http://minijob-zentrale.de)



Europagruppe GRÜNE / Europäisches Parlament  
[www.gruene-europa.de](http://www.gruene-europa.de)  
[info@gruene-europa.de](mailto:info@gruene-europa.de)  
twitter: @gruene\_europa  
[facebook.com/europagruene](https://facebook.com/europagruene)

Verantwortlicher Europaseiten: Aldo Caruso

 Knappschaft Bahn See

einfach. informieren. anmelden.

die  
**minijobzentrale**

# O-TON AfD

Eine Alternative zu Deutschland – nicht weniger fordert die AfD in ihrem neuen Grundsatzprogramm. Wir fordern, mit präziser Analyse die grüne Argumentation zu schärfen. Neun Beispiele einer Auseinandersetzung

## „WIEDER“

„Wehrpflicht **wieder** einsetzen“ – „Diplom, Magister und Staatsexamen **wieder** einführen“ – „Bank- und Steuergeheimnis **wiederherstellen**“ – „Dem Recht **wieder** zur Durchsetzung verhelfen“ – „Die Parteien **wieder** in das demokratische System integrieren“ – „Staat und seine Organe **wieder** in den Dienst der Bürger stellen“ – usw.

Zurück zur Atomkraft, raus aus Europa, Frauen an den Herd und Schwule und Lesben an den Pranger? Zurück vor Grün? Nein, danke!

Sicherheit, Bildung, Wirtschaft, Justiz oder Politik – eigentlich war in Deutschland früher alles besser. Das suggeriert das neue Grundsatzprogramm der AfD. „Wieder“ heißt ihr Lösungswort für die Herausforderungen der Gegenwart und am liebsten würde die Partei das Rad der Geschichte einfach beliebig rückwärts drehen. Dieser restaurativen Grundhaltung steht grüne Politik **diametral entgegen** – und ist nicht von ungefähr das auserkorene Feindbild der AfD.

## HETZE

„**Heimlicher Souverän** ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die **Fehlentwicklungen** der letzten Jahrzehnte zu verantworten. (...) Es handelt sich um ein **politisches Kartell**, das die **Schalthebel** der staatlichen **Macht**, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der **Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen** in Händen hat.“

„Meinung und Information müssen klar erkennbar voneinander getrennt sein“, steht im Grundsatzprogramm der AfD. Also, bitte!

Glaubt man der AfD, leben wir in einer Bananenrepublik: Machthunger, Korruption, Infiltration – was die da oben angeblich treiben, erinnert an **populistische Verschwörungstheorien**. Nur die AfD kann diesen „illegitimen“ Zustand beenden und inszeniert sich als Verbündeter des „kleinen Mannes“. Das ist keine **sachliche Auseinandersetzung** mit dem politischen Gegner, sondern Verunglimpfung. Wer Misstrauen und Verdächtigungen bewusst schürt, macht die Radikalisierung der Gesellschaft zum Programm.

## GRÜNER DAUMEN RUNTER

Zwei Jahrhunderte hochwasser innerhalb von zehn Jahren in Deutschland, 5°C im Dezember am Nordpol – und das findet die AfD normal?

„Solange die Erde eine Atmosphäre hat, gibt es Kalt- und Warmzeiten. Wir leben heute in einer Warmzeit mit Temperaturen ähnlich der **mittelalterlichen** und der römischen Warmzeit. Die IPCC\*-Computermodelle können diese Klimaänderungen **nicht erklären**. (...) IPCC und deutsche Regierung unterschlagen die positive **Wirkung des CO<sub>2</sub>** auf das Pflanzenwachstum und damit auf die Welt-ernährung. Je mehr es davon in der Atmosphäre gibt, umso kräftiger fällt das **Pflanzenwachstum** aus.“

\*Intergovernmental Panel on Climate Change

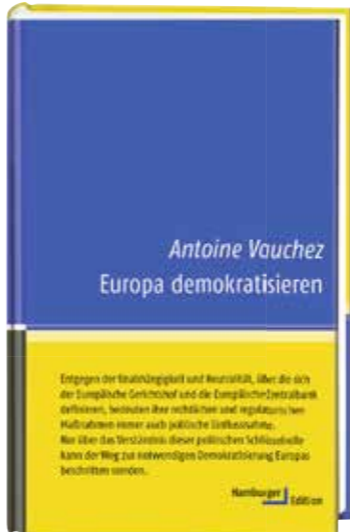
Mit der Klimakrise gegen den Welthunger? **Märchenstunde** à la AfD. Denn als normale Wetterschwankungen lassen sich die dramatischen Ausschläge nicht erklären, die **KlimaforscherInnen** heute beobachten. Dürren, Stürme und Überschwemmungen treten häufiger und extremer auf. Seit Beginn des Industriezeitalters zeigt die Temperaturkurve eine stetige Erwärmung. **Verantwortungsvolle Klimapolitik** verschließt die Augen nicht vor unbequemen Erkenntnissen und tritt ein für **globale Gerechtigkeit** – man denke an den Klimagipfel in Paris. Die AfD missachtet die Wissenschaft und gibt sich auf dem grünen Auge blind. Und ist damit eine Bedrohung für die Zukunft unserer Kinder.

# Hamburger Edition

Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung

»Antoine Vauchez, einer der innovativsten Forscher zur Europäischen Integration, hat ein fulminantes Buch zur Demokratisierung der Europäischen Union vorgelegt.«  
Frankfurter Allgemeine Zeitung, Armin von Bogdandy

Geb. | 136 S. | € 12,- | 978-3-86854-296-7 | Auch als E-Book



Leseproben und mehr zu den Büchern: [www.hamburger-edition.de](http://www.hamburger-edition.de)  
Folgen Sie uns auf Twitter: @hh\_edition



»Budes Essay [...] entwirft ein Tableau der angstbesetzten Lebensweisen. [Er] skizziert ein Gesellschaftsbild des fatalen Leistungsdrucks, der ungezählte Verlierer zurücklässt, eine Mehrzahl, die sich betrogen fühlt.«  
Frankfurter Rundschau, Christian Thomas

Geb. | 168 S. | € 16,- | 978-3-86854-284-4 | Auch als E-Book

## Mittelweg 36

Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung

In Sachen Demokratie

Jens Hacke  
»Mehr Demokratie wagen«

Birgit Aschmann  
Spanien in der transición

Vera Trappmann  
Polnische Zerreißen

Helmut Wille  
Kompetenzdemokratie



Berliner Colloquien zur Zeitgeschichte  
Innovative Demokratie – die USA im 20. Jahrhundert

Wolfgang Kraushaar  
Aus der Protest-Chronik:  
15. Oktober – 3. Dezember 1983, Frankreich

25. Jahrgang Heft 3 Juni / Juli 2016 € 9,50

Heft 3 / 2016, 128 Seiten, Print € 9,50 | E-Journal € 7,99  
Erscheint am 1. Juni 2016

## Mittelweg 36

Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung

Weitere Themen unserer Zeitschriften:

- Politische Theorie in der Krise – Heft 2/2016
- Wandern. Zur Globalgeschichte der Migration – Heft 1/2016
- Schwerter zu Pflugscharen – Veteranenpolitik und Wohlfahrtsstaatlichkeit – Heft 5/2015
- Replay – Mediengeschichten des Kriegsfilms – Heft 3/2015
- Affekte regieren – Heft 1-2/2015
- Das Subjekt bei der Arbeit – Heft 6/2014
- Politische Tiere – Heft 5/2014

Stöbern Sie in unserem Archiv: [www.mittelweg36.de](http://www.mittelweg36.de)  
Folgen Sie uns auf Twitter: @Mittelweg\_36

NEUES DEUTSCHLAND?

„Das Volk muss das Recht haben, auch initiativ über Änderungen der **Verfassung** selbst zu beschließen.“ – „Das deutsche Volk ist ebenso mündig wie das der Schweizer, um **ohne Einschränkung** über **jegliche Themen** direkt abzustimmen.“

Die AfD will das individuelle Grundrecht auf Asyl streichen – laut Grundsatzprogramm – Entwurf soll es nur noch ein Asylgesetz geben.

Bitte zwischen den Zeilen lesen! Dieses Plädoyer für uneingeschränkte direkte Demokratie schafft Spielraum für tiefe Eingriffe in die Verfassung – sogar die im Grundgesetz verankerten **Grundrechte** könnten zur Abstimmung gebracht werden. Die Mechanik: Der Mehrheitswille entscheidet. Das Volk der AfD ist eine kulturell-ethnisch homogene Abstammungsgemeinschaft. Da sind die Ausgegrenzten schnell bestimmt, **Rechte und Interessen von Minderheiten** in Gefahr. Direkte Demokratie in Grün? Nur ohne Aushebelung von **Minderheitenschutz**, Grund- und Menschenrechten.

WAS GLAUBT IHR EIGENTLICH?

„Der Islam gehört **nicht zu Deutschland**.“

Wer heute gegen Minarette ist, vor dem sind morgen auch Synagogen nicht mehr sicher.

Mit **Thesen** wie dieser stellt sich die AfD über das Grundgesetz. Artikel 4 verpflichtet den Staat zur religiösen und weltanschaulichen Neutralität. **Glaubensfreiheit** meint, dass der Glaube auch gelebt werden darf. Sie endet dort, wo andere in ihren Grundrechten berührt oder eingeschränkt werden. Die überwältigende Mehrheit der MuslimInnen lebt seit Jahren in Deutschland, ist **gut integriert** und verhält sich natürlich **geset-zestreu**. Als islamistisch gilt laut Verfassungsschutz weniger als ein Prozent. Wer wie die AfD pauschaliert, hat Ausgrenzung zum Ziel.

DAS POLITISCHE WIRD PRIVAT

„Staatliche Institutionen wie Krippen, Ganztagschulen, Jugendämter und Familiengerichte **greifen** zu sehr in das **Erziehungsrecht der Eltern** ein.“

Harte Hand statt Fürsorge – das Erziehungskonzept der AfD will Disziplinarmaßnahmen im Unterricht. Behinderte? Ab in die Förderschule. Dafür dürfen bereits Zwölfjährige in den Knast.

Kinder, Kinder, Kinder sind laut AfD die Zukunft des Landes. Die Partei möchte die Geburtenrate deutscher Staatsbürgerinnen erhöhen, die intakte Familie aus Vater-Mutter-Kindern ist ihre ‚Keimzelle der Gesellschaft‘ – und als Lebensentwurf alternativlos. Das ignoriert die Realität mit ihren unterschiedlichen Familienmodellen. Mehr noch: Gemäß der Überzeugung, dass weniger staatliche Einmischung mehr Freiheit für die BürgerInnen bedeutet, fordert die Partei: Eltern, macht alles selbst! Davon dürften wohl nicht die Kinder, sondern die VerfechterInnen eines paternalistischen Weltbilds profitieren. Wer **betreut die Kinder** berufstätiger Paare und Alleinerziehender tagsüber? Und wer **schützt Kinder** vor Vernachlässigung und häuslicher Gewalt?

NATIONAL DENKEN, NATIONAL HANDELN!

„Aber nur die nationalen Demokratien, geschaffen durch ihre Nationen in **schmerzlicher Geschichte**, vermögen ihren Bürgern die nötigen und gewünschten **Identifikations- und Schutz-räume** zu bieten. Nur sie ermöglichen größtmögliche individuelle und kollektive Freiheitsrechte. Nur sie können diese hinreichend **sichern**.“

Während der rot-grünen Regierungszeit haben die Grünen das Staatsbürgerschaftsrecht revolutioniert: Auch Kinder nicht in Deutschland geborener Eltern können Deutsche werden. Die AfD will diese **Errungenschaft abschaffen** – und wieder (!) zurück zum altertümlichen Blutprinzip.

Europa, nein danke! Diese Antihaltung betont die AfD in ihrem Programm immer wieder und ignoriert, dass das Bekenntnis zur europäischen Integration in Artikel 23 des Grundgesetzes verankert ist. Schon vergessen, wohin nationalstaatliche Alleingänge Deutschland im letzten Jahrhundert geführt haben? **Europas Errungenschaften** liegen in ihrer **Grenzüberschreitung**: Ob deutsch-französische Freundschaft, **Freizügigkeit** aller EU-BürgerInnen oder **offene Grenzen**. Auch in schwierigen Zeiten: Wir Grüne sehen uns als **BürgerInnen Europas**, die eine Idee leben und ihre Interessen in einer komplexen Welt **miteinander** formulieren und vertreten.

REICH DER REICHEN?

„Gewerbe-, Vermögen- und Erbschaftssteuer **abschaffen**.“

Das will die AfD: Durch den Wegfall der Gewerbesteuer nimmt sie den Kommunen rund 40% der **Steuereinnahmen** – bei **Überschuldung** droht dann **unrettbar die Insolvenz**.

**Wahlgeschenke** macht die selbsternannte Partei des kleinen Mannes vor allem jenen, denen es bereits heute gut geht. Weg mit Erbschafts- und Vermögenssteuer, Bank- und Steuergeheimnis wiederherstellen, AkademikerInnen bei der Familiengründung bevorzugen, eine Obergrenze für Steuern und Abgaben einführen. Kurz: drastische Erleichterungen für Menschen mit höherem Einkommen und große Unternehmen. Finanziert wird durch Kürzungen – im **Sozialen**, bei der Rente und anderen öffentlichen Leistungen. Das werden vor allem **GeringverdienerInnen** zu spüren bekommen. Die AfD – der **neue Partner der Eliten**!

TYPISCH DEUTSCH

„Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur **deutschen Leitkultur**, die sich im Wesentlichen aus drei Quellen speist: erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen **Tradition**, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert wurden, und drittens dem römischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt.“

Deutsch den Deutschen? Laut AfD schon: „Die **Digitalisierung der deutschen Literatur** ist eine von Deutschland zu leistende Aufgabe. Nur die eigene Bevölkerung und deutsche **Literaturfachleute** können deutsche **Literaturwerke** gewichten.“

Das Deutsche definiert das **Selbstverständnis** der AfD. Aber wenn wir uns die Wurzeln der viel zitierten „deutschen Leitkultur“ genauer anschauen, entdecken wir **spannende Einflüsse** ganz unterschiedlicher **Epochen und Regionen**: Levante und Italien, arabische Zahlen oder griechische Schriften, Leonardo da Vinci oder Papsttum. Wir Grüne setzen dem Leitkult der AfD viele Jahrhunderte gelebte **Vielfalt** entgegen.

Alle Zitate sind dem Grundsatzprogramm der AfD entnommen. Der fertige Programmentwurf lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

Hey, hierher!

Wir heizen euch richtig ein!

Nee, lasst mal. Wir steh'n auf gelb!

**KARTON, NATÜRLICH!**

Leere Getränkekartons gehören in die Gelbe Tonne: Nur so können daraus neue Produkte wie Schuh- oder Pizzakartons entstehen. Rund 3 Mio. Tonnen gebrauchter Getränkekartons wurden seit 1991 recycelt. Das erspart dem Klima bislang über eine Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>. [www.karton-natuerlich.de](http://www.karton-natuerlich.de)

Das Umweltbundesamt empfiehlt den Kauf von Mehrwegflaschen und ökologisch vorteilhaften Getränkekartons.

Eine Initiative des Fachverband Kartonverpackungen für Flüssige Nahrungsmittel e.V.

GANZ NEU!

Katrin Kunath arbeitet als Redakteurin bei einer Wochenzeitung in Bautzen und ist seit Jahreswechsel Parteimitglied im KV Bautzen.



„Die Grünen sind individueller und offener als andere Parteien.“

**Grün beginnen**  
Ausschlaggebend war die niedrige Wahlbeteiligung von 49 % bei der Landtagswahl 2014 in Sachsen – und die Aussage eines Ministers, dass alle Nichtwähler dann wohl der bisherigen Politik zustimmen. Dieser Satz schockierte mich sehr und ich begann, mich intensiver mit anderen, grünen Positionen zu befassen.

**Grün brauchen**  
Neben großen Themen wie Umweltschutz und Nachhaltigkeit geht es um ganz Alltägliches – beispielsweise wie man Familie und Job besser aufeinander abstimmen kann. Gerade im ländlichen Raum kommen Menschen schnell an die Grenzen der Erreichbarkeit, ob nun bei öffentlichen Verkehrsmitteln oder Breitbandversorgung.

**Grün bekennen**  
Verschiedene Meinungen zulassen und respektieren – die Grünen sind individueller und offener als andere Parteien. Gerade in der aktuellen Zeit ist es wichtig, Zeichen zu setzen. Deshalb möchte ich die Grünen aktiv unterstützen. Bei uns in Sachsen ist es besonders schlimm, wenn montags hunderte Pegida-Anhänger durch die Straßen ziehen.

LESEN

Du bleibst, was du bist  
Marco Maurer

„All unser Wohlstand beruht auf dem Rohstoff Bildung“, schreibt Marco Maurer in seinem Buch. Umso schlimmer, dass Bildung in Deutschland wieder zum Privileg geworden ist. „Du bleibst was du bist“ ist keine wütende Streitschrift, sondern eine eindringliche Erzählung vieler Begegnungen, die die Bildungsmisere skizzieren und zur Lösungs-suche anregen.



PROGRAMMPROZESS ZUR BUNDESTAGSWAHL

Die kommende Bundestagswahl wird eine harte politische Auseinandersetzung um die Zukunft unseres Landes. Wir werden darum werben, dass die Menschen uns Grünen ihre Stimme anvertrauen – für eine lebenswerte Welt heute und morgen. Wie diese Welt aussieht, wollen wir in einem überzeugenden grünen Programm darlegen. Es soll unsere Ziele und Werte klar in den Mittelpunkt stellen und Schlüsselprojekte benennen, die uns auf dem Weg dorthin voranbringen. Zupackend und zuversichtlich statt mit Taschenrechnern bewaffnet wollen wir uns präsentieren. Den Startschuss für den Programmprozess gab der Länderrat im April. Im Mai fand erstmalig in der grünen Geschichte ein Konvent aller Bundesarbeitsgemeinschaften (BAGen) statt, auf dem sich zu zentralen Projekten beraten wurde. Im Herbst führen wir die Debatte auf der BDK fort. Im Winter können alle Parteimitglieder an einer Abstimmung teilnehmen und bewerten, wie wichtig ihnen die Projekte sind. Auf dieser Grundlage wird der Bundesvorstand im März 2017 einen Programmentwurf vorlegen. Abschließend beraten und beschließen wir das Programm auf der BDK am 16. bis 18. Juni 2017. Bei uns entscheiden die Mitglieder – daher werdet ihr nicht nur über unser Programm informiert, sondern könnt in der Urwahl auch über unser Spitzenduo mitentscheiden. Sie beginnt im September und endet mit der Kandidatenkür im Januar 2017. Die im letzten Heft bereits angekündigte Online-Mitgliederbefragung zur Gerechtigkeit wird nicht im April, sondern nach der Debatte auf dem Gerechtigungskongress am 17. und 18. Juni stattfinden.

VOLKSWAGEN

Die erste Ausgabe unseres Magazins zeigte auf der Rückseite eine Anzeige von VW. Das hat nicht allen LeserInnen gefallen. Wir haben uns entschieden, diese Anzeige abzdrukken, weil der VW-Konzern in ihr die Notwendigkeit eines Neustarts nach dem Abgasskandal zum Thema macht. Eine konventionelle Autowerbung hätten wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt für falsch gehalten und abgelehnt. Wir begrüßen, dass sich VW hier zum Ziel der „Null-Emissionen“ bekennt. Wir sind uns sicher: Grün ist die einzige Hoffnung für die Autoindustrie. Auf dem Weg in eine emissionsfreie Zukunft der Mobilität werden wir die Konzerne mit kritischer Solidarität begleiten. Gleichzeitig gehen wir natürlich weiter hart mit dem VW-Abgasskandal ins Gericht. Dies haben wir unter anderem in unserem Parteitagsbeschluss vom November 2015 herausgestellt und werden weiter daran festhalten. Die kommende Ausgabe des Magazins wird aller Voraussicht nach das Thema Mobilität behandeln und – neben Ideen, wie wir morgen unterwegs sein wollen – auch auf den Abgasskandal eingehen.

WAHLEN IM NORDEN UND OSTEN

Im September finden an drei aufeinanderfolgenden Sonntagen Wahlen statt – am 4. die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, am 11. die Kommunalwahlen in Niedersachsen und am 18. September die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus. Die Grünen im Nordosten wollen wieder mit einer starken Fraktion ins Schweriner Schloss einziehen, wo sie 2011 mit sensationellen 8,7 Prozent den Sprung in den Landtag schafften und den letzten weißen Fleck auf der Landkarte der Bundesländer begrüneten. Eine Woche später geht es in Niedersachsen weiter: In den Stadtparlamenten, Kreistagen und Gemeinderäten kämpft die Partei um gute zweistellige Ergebnisse. Am 18. September schließlich wollen die Grünen in Berlin die darbenende Große Koalition (Flughafen-Skandal, Lageso-Desaster) ablösen und in der Hauptstadt endlich Regierungsverantwortung übernehmen. 2011 gab es mit 17,6 Prozent zwar ein Rekordergebnis, aber das Ziel, mit Renate Künast die Bürgermeisterin zu stellen, wurde nicht erreicht. Auch das Ziel, mit der SPD zu regieren, scheiterte am Unwillen des damaligen Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit. 2016 soll Grün so stark werden, dass kein Senat an ihnen vorbei führt. Wahlkämpfe kosten Geld – und die anderen Parteien haben leider mehr davon. Unterstützt deshalb die beiden Landtagswahlen mit einer Spende: **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin**  
IBAN: DE62 1005 0000 0640 0200 70, BIC: BELADEBEXX  
**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern**  
IBAN: DE44 1409 1464 0100 0229 18, BIC: GENODEF1SN1  
Bitte immer „Wahlkampfspende“ im Betreff angeben und nach Möglichkeit eure Adresse.

KAUFEN  
Kartoni 2.0

Manndeckung oder Viererkette? Kartoni spielt nach Steckprinzip: Ein unscheinbarer Pappkoffer wird gekonnt in einen großformatigen Kickertisch verwandelt. Das ideale Aufwärmtraining, beispielsweise für ein EM-Halbzeitmatch. Über die Mannschaftsaufstellung muss man nicht lange diskutieren, einfach die acht massiven Buchenholzstangen mit den Figuren einsetzen, Ball einwerfen und klack, klack, klong – Tor! Rustikale Techniken wie Kurbeln oder Stoßen mögen das Spielfeld zwar zum Beben bringen, aber mit einigem Fairplay nimmt Kartoni jede Verlängerung ohne einzuknicken. **Kartoni 2.0 aus 100 % nachwachsenden Rohstoffen. Maße 147,5 x 71 x 89 cm. 90 Euro über Kickpack-shop.de**



GRÜNSPRECH  
Fußverkehrsstrategien

Verschiedene Spielarten des Fußelns sind hier nicht gemeint. Stattdessen städtebauliche Maßnahmen wie „Bürgersteige schaffen“ und „Fußgänger schützen“. Klingt nach banalem Alltag, gemächlichem Schlendern? Eben deshalb braucht es ein großes Wort, das der Entschleunigung des öffentlichen Raums einen visionären Überbau verleiht: „Fußverkehrsstrategien“. Das läuft jedem Fahrrad-schnellweg den Rang ab und verspricht planvolles Vorausgehen, während die SUVs im Stau stehen. Zuviel Schwarz-Weiß-Denken? Dann empfehlen wir statt Zebrastreifen den Fußverkehrsteilnehmer\*innenque-rungsabschnitt einzuführen. Ampel? Verkehrsfluss-Management-Tool! Aber halt, was bedeutet das für die gleichnamige Koalition?

GANZ WICHTIG!

Katja Husen, Geschäftsführerin des Zentrums für molekulare Neurobiologie in Hamburg, ist seit 1997 bei den Grünen, von 2002 bis 2006 als Mitglied im Bundesvorstand.

Grün werden

Als Schülerin war ich ein Jahr in den USA und habe dort Amnesty International kennengelernt. Damals habe ich begonnen, mich politisch zu engagieren, nach meinem Vordiplom bin ich bei der Grünen Jugend gelandet. Ob als Sprecherin dort oder in späteren Positionen – mir war wichtig, meine privilegierte Rolle zu nutzen, um mich für die Rechte von Frauen einzusetzen. Sie zu ermutigen, Diskriminierung entgegenzutreten und selbstbewusste Gestalterinnen ihres Lebens zu sein.

Grün wirken

Ich bin bei den Grünen wegen ihrer freieren und toleranteren Gesellschaftspolitik. Sie sind die Partei, die mit den größten Schritten vorwärts geht. Regenbogenfamilien und Alleinerziehende haben mittlerweile mehr Rechte und werden stärker wahrgenommen. Die Menschen lassen sich heute nicht mehr so einfach in ein Korsett zwängen – ein Highlight für mich.

Grün wünschen

Es wäre toll, wenn es wieder zu einer grünen Regierungsbeteiligung auf Bundesebene käme. Gerade jetzt gibt es viele Grüne in den Bundesländern, die das Gespür dafür haben, was machbar ist und den Mut aufbringen, auch mal „nein“ zu sagen. Eine der größten Herausforderungen heute? Den Zusammenhalt und die Solidarität in unserer vielfältigen Gesellschaft erhalten und fördern.



„Die Menschen lassen sich heute nicht mehr in ein Korsett zwängen.“



Text: Kathrin Hollmer / Fotografie: Olaf Mahlstedt

## HEIMAT SCHAFFEN

Türen und Wandelemente, deren unterschiedliche Farbtöne sich wie im Zufallsprinzip abwechseln, geben den zweistöckigen Flachbauten eine bunt-gemusterte Fassade. Auf den Rasenflächen davor stehen Sitzgruppen, Tischtennisplatten und Streetball-Körbe. In Hannover sind in den vergangenen Monaten drei Flüchtlingsunterkünfte entstanden, die wie eine Mischung aus Campus und Kunstprojekt aussehen. Mehr als eine Million Menschen flohen 2015 nach Deutschland. Viele leben noch immer in improvisierten Unterkünften, heruntergekommenen Häusern oder gestapelten Containern. Sieben Quadratmeter pro Person stehen Asylsuchenden in Gemeinschaftseinrichtungen zu – das entspricht einem Sechstel der durchschnittlichen Pro-Kopf-Fläche in Deutschland. Die Unterkünfte in Hannover haben Potenzial, nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern Heimat zu bieten: Das Architekturbüro Mosaik wurde vom Baudezernat Hannover ursprünglich mit dem Entwurf temporärer Flüchtlingslager beauftragt, doch die Architekten entschieden sich für eine nachhaltige Lösung und entwickelten dauerhafte Unterkünfte, die städtebaulichen, ökologischen und gestalterischen Standards entsprechen – in modularer Holzbauweise: „Holz hat eine besondere Haptik und bietet ein angenehmes Raumklima“, sagen die Architekten. Die Fertigung

Die Flüchtlingsunterkünfte aus Hannover sind Teil des Projekts „Making Heimat. Germany, Arrival Country“, mit dem das Deutsche Architekturmuseum auf der 15. Architekturbiennale in Venedig den deutschen Pavillon bespielt: eine umfangreiche Sammlung, die die Vielfalt realisierter und geplanter Flüchtlingsunterkünfte zeigt. Dazu erscheint eine Publikation im Hatje Cantz Verlag für 9,80 Euro. Die Internationale Architekturausstellung in den historischen Giardini von Venedig läuft noch bis 27. November 2016. Infos: [MakingHeimat.de](http://MakingHeimat.de), [Labiennale.org/en/architecture/](http://Labiennale.org/en/architecture/)

ist nicht teurer oder zeitintensiver als bei den üblichen Stahlcontainern: Insgesamt kosten die drei Unterkünfte mit je 96 bis 156 Einzelzimmern, Gemeinschaftsräumen und -küchen zwischen 3,2 und 4,1 Millionen Euro. Innerhalb von 13 Wochen wurden die Module im österreichischen Vorarlberg gefertigt und vor Ort zu Wohneinheiten mit drei bis fünf Zimmern zusammengeschlossen. Dazu kamen Gemeinschafts- und Verwaltungsgebäude und ein begrünter Außenbereich. Die Räume und Gebäude sind schlicht, aber trotzdem viel mehr als eine Übergangslösung. Mindestens 20 Jahre sollen sie genutzt werden können. Im Januar sind die ersten Asylsuchenden eingezogen, alternativ bieten die Zimmer günstigen Wohnraum für Studierende oder Familien mit geringem Einkommen. 17 Quadratmeter hat jeder Bewohner zur Verfügung. Die Architekten dachten bei der Planung an das spätere Zusammenleben – jedes Zimmer hat eine Haustüre, ein Laubengang verbindet sie miteinander. „An der Haustür entwickelt sich nachbarschaftliches Leben“, sagen die Mosaik-Architekten. „In den beiden schon bezogenen Einrichtungen stellen die Bewohner Tische und Stühle vor die Tür. Es ist ein besseres Gefühl, eine eigene Haustür zu haben und jemanden hereinbitten zu können, als ein Zimmer an einem langen Flur zu bewohnen.“

### TERMINE

**17./18. Juni:**  
**Grüner Gerechtigkeitskongress Berlin, FORUM Factory**  
Unter dem Motto „Es ist genug für alle da“ diskutieren spannende Gäste und grüne ExpertInnen über ökologische und sozial gerechte Politik. Mehr Infos: [gruene.de/gerechtigkeitskongress](http://gruene.de/gerechtigkeitskongress)

**4. September:**  
**Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern**

**10. September:**  
**Länderrat & Auftakt Urwahl**  
Beim grünen Länderrat in Berlin fällt der offizielle Startschuss zur Urwahl. Mehr Infos: [gruene.de/urwahl](http://gruene.de/urwahl)

**11. September:**  
**Kommunalwahlen in Niedersachsen**

**18. September:**  
**Abgeordnetenhauswahl in Berlin**

**24. September:**  
**Demos „TTIP & CETA stoppen“**  
An diesem Tag finden zeitgleich mindestens sechs Demos statt. Bisher geplant: Berlin, Stuttgart, Köln, Hamburg, Frankfurt a. M., München oder Nürnberg. Mehr Infos: [ttip-demo.de](http://ttip-demo.de)

**7.-9. Oktober:**  
**Bundesfrauenkonferenz in Hannover**

**17. Oktober:**  
**Ende der Bewerbungsfrist für SpitzenkandidatInnen zur Urwahl**  
Die Urwahlforen laufen vom 22.10.2016 bis 07.01.2017. Einsendeschluss für die Stimmabgabe ist der 13.01.2017. Das Ergebnis wird in der 3. KW 2017 verkündet. Mehr Infos: [gruene.de/urwahl](http://gruene.de/urwahl)

**11.-13. November:**  
**Bundesdelegiertenkonferenz**  
Münster, Halle Münsterland  
Auf der BDK findet als besonderes Highlight auch ein Urwahlforum statt.

### GRÜNE STIMMEN

Die erste Ausgabe des Mitgliederzeitschrifts...  
... hat die Messlatte sehr hoch gelegt und ihr seid jetzt verpflichtet, diese Höhe jedes Mal aufs Neue zu überspringen.  
**Peter**

... hat das Thema mit Leuten von außen interessant aufbereitet. Die Beiträge waren nah an der gesellschaftlichen Realität, ohne dass sie sofort grüne Programmatik verkauft haben.  
**Anette**

... fällt ab den Europa-Seiten von Spannung und Interesse her ab. Wofür ein Klima-ABC? Die „Grüntöne“ könnten mehr Pep vertragen. Wobei ich die Rubrik „Grünsprech“ sehr lustig finde – da kann man noch mehr draus machen.  
**Daniel**

... mit der Artikelserie zu Flüchtlingen – gemischt aus Hintergrund, Meinung, bewundernswerter Erfahrung – erweitert Horizonte!  
**Uwe**

... hat auf den ersten Blick meinen Wunsch erfüllt – viel mehr Text. Aber viele Beiträge waren Interviews. Ich würde mich über fundierte Artikel mit mehr Substanz freuen.  
**Lina**

... ist von der Aufmachung super: vielfältiger, aufgelockerter – reizt endlich zum Lesen.  
**Britta**

... hat es geschafft, mit etwas mehr Kontroverse und Diskussion die Zeitschrift wieder interessanter zu machen.  
**Dieter**

### IMPRESSUM

**Das Magazin der Grünen – Mitgliederzeitschrift für bündnisgrüne Politik**  
Nr. 2, ISSN 2509-3193  
Postvertriebszeichen: A 02908  
**Herausgeber:**  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
Michael Kellner,  
Politischer Bundesgeschäftsführer  
V. i. S. d. P.: Robert Heinrich,  
Leiter Öffentlichkeitsarbeit  
**Redaktion, Gestaltung, Produktion:**  
Anzinger und Rasp  
Kommunikation GmbH, München  
Redaktion: Julia Decker, Ivonne Fehn (Ltg.),  
Kathrin Hollmer, Annabella Klein  
Gestaltung: Stefanie Kuttig

**Kontakt Redaktion:**  
E-Mail: [magazin@gruene.de](mailto:magazin@gruene.de)  
Redaktion Das Magazin der Grünen  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
Triftstraße 13, 80538 München  
T +49 89 539067-12

**Anzeigenverwaltung:**  
Runze & Casper Werbeagentur GmbH  
Ruth Hansmann  
Linienstraße 214, 10119 Berlin  
Tel.: 030.28 01 80-145  
Fax: 030.28 01 84 00  
Mail: [verlagsservice@runze-casper.de](mailto:verlagsservice@runze-casper.de)

**Druck:**  
61.000 Ex., Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG, Kassel, auf 100 % Recyclingpapier. Den Auflagen von Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen liegen Zeitungen der Landesverbände, sowie das Werbemittel der „Green City Energy AG“ bei. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Spendenkonto:**  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
GLS Gemeinschaftsbank  
IBAN: DE73 4306 0967 8035 8159 00  
BIC: GENODEM1GLS



# Wachsen ist einfach.



[sparkasse.de](https://www.sparkasse.de)

**Wenn man als Unternehmen  
einen Finanzpartner in der  
Region hat, der Ideen von  
Anfang an unterstützt.**

Wenn's um Geld geht

